Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł. mit illustr. Beilage 0,40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

71. Jahrgang | Mittwoch, 9. März 1932 | Nr. 56.

Aristide Briand †

Paris, 7. März.

Der frühere französische Außenminister Aristide Briand ist heute, Montag nachmittag in seiner Wohnung in der Avenue Kleber an einem Herzschlag ganz plötzlich gestorben. Die Todesnachricht hat sich sofort durch ganz Paris verbreitet. In der Kammer hat dieser plötzliche Tod, der drei Wochen vor dem 70. Geburtstag Briands erfolgte, eine große und tiefe Bewegung hervorgerufen.

*

Aristide Briand wurde am 28. März 1862 in dem bretonischen Städtchen Saint Nazaire als Sohn eines kleinen Gastwirtes geboren. Er erhielt eine Freistelle auf dem Lyzeum in Nantes, studierte dann Rechtswissenschaften und wurde schon mit 20 Jahren Advokat. Er übte seinen Beruf in Nantes aus, bis seine Beziehungen zu einer verheirateten Frau ruchbar wurden und seine politisch rechtsstehenden Kollegen ihn aus dem Stande stießen.

Politiker.

B. wandte sich nunmehr der sozialistischen Presse zu, übernahm die Leitung des Blattes „Lanterne", wurde dann bald Generalsekretär der sozialistischen Partei und setzte seine Wiedereintragung in die Advokatenrolle durch. Als er in St. Etienne die Freisprechung eines Arbeiters vor der Strafkammer erwirkt hatte, wählten ihn seine Parteigenossen 1902 in die Kammer.

Im März 1906 berief Sarrien B. erstmals an die Spitze eines Ministeriums, des Unterrichtsministeriums, mit dem die Kultusangelegenheiten verbunden wurden. Damit übernahm er die Aufgabe, das Trennungsgesetz, das sein Werk war, auch auszuführen. Auch in dem 1907 folgenden Kabinett Clemenceau behielt B. das Unterrichtsministerium. Im Januar 1908 übernahm B. das durch Todesfall erledigte Justizministerium und versuchte in dieser Stellung ohne Erfolg, die Todesstrafe abzuschaffen.

Erstmals Ministerpräsident.

Am 23. Oktober 1909 trat das Ministerium Clemenceau zurück. B. übernahm zum erstenmal die Neubildung und trat an die Spitze des Ministeriums des Innern. Am 17. Januar 1911 unternahm ein irrsinniger ehemaliger Gerichtsschreiber in der Deputiertenkammer einen Attentatsversuch auf B., der aber unverletzt blieb.

Am 11. März 1911 wechselte das vorher schon einmal neugebildete Ministerium. B. war zwischenhin 1912 Justizminister unter Poincaré und gelangte 1913 als Ministerpräsident abermals ans Ruder. Diesmal blieb er trotz einer Umbildung nur zwei Monate im Amte. In der Frage der Wahlreform holt er sich am 18. Januar 1914 in der Kammer eine entscheidende Niederlage, die seinen Rücktritt veranlaßte.

Im unheilvollen August 1914 war Br. Justizminister in Vivianis „Kabinett der breiteren Basis" und Vizepräsident des Ministerrats im Ministerium der nationalen Verteidigung. Vom 29. Oktober 1915 bis zum 17. März 1917 war er dann zum fünften und sechsten Male Ministerpräsident; 1916 arbeitete er mit Lloyd George die „Pariser Erklärung" aus, die den Grundsatz der wirtschaftlichen Solidarität bis zur Ersetzung aller Kriegsschäden zum Ziele hatte. Gegen die Meinung Clemenceaus betrieb er die Expedition nach Saloniki, deren schließlicher Erfolg seinem Ansehen weiter zugute kam.

In den ersten Jahren nach dem Krieg trat er weniger hervor. Erst nach dem Rücktritt des Kabinetts Leygues bildete er zum siebentenmal als Ministerpräsident am 14. Januar 1921 unter schwierigen Verhältnissen ein „Ministerium der nationalen Einigung". Mitte Januar 1922, im Verlauf der Konferenz von Cannes, wurde er von Poincaré gestürzt.

Locarno-Vertrag.

B. lebte dann einige Jahre hindurch wiederum ziemlich fern von der großen Politik auf seinem Gut in der Normandie, das er selbst bewirtschaftete. Endlich, als auswärtiger Minister im Kabinett Painlevé vom April 1925, betrat er wieder die politische Bühne. Dort gelang es ihm im Oktober 1925, den Vertrag von Locarno mit Deutschland, den sogenannten „Sicherheitspakt" abzuschließen. Noch vor der Unterzeichnung des Vertrages am 1. Dezember 1925 in London war Ende November das kurz vorher umgebildete Kabinett Painlevé zurückgetreten und ein neues 8. Kabinett Briand gebildet worden, in dem er das Auswärtige Amt beibehielt. Ein neuntes Kabinett bildete er am 10. März 1926, als er während der Völkerbundsverhandlungen in Genf über die Zulassung Deutschlands in einer Finanzfrage von der Kammer im Stich gelassen worden und am 6. März 1926 zurückgetreten war. Als auch der neue Finanzminister Péret den Franksturz nicht aufhalten konnte, trat B. am 15. Juni 1926 abermals zurück und bildete, nachdem Herriot erfolglos geblieben war, am 23. Juni 1926 sein zehntes Kabinett mit Caillaux als Finanzminister, das aber schon am 17. Juli 1926 fiel, weil die Kammer ihm die verlangte unumschränkte Vollmacht in der Finanzfrage verweigerte.

Es kam nunmehr zu dem Konzentrationskabinett Poincaré, in dem B. abermals das Portefeuille des Auswärtigen übernahm. Hier gelang es ihm, seine „Locarno-Politik" fortzusetzen. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hatte er am 17. September 1926 die bekannte Unterredung von Thoiry mit Stresemann. Seine Politik wurde am 10. Dezember 1926 durch Verleihung des Friedens-Nobelpreises, zusammen mit Stresemann, anerkannt. In seiner Rede vor dem Senat faßte er am 2. Februar 1928 den Inhalt seiner Politik gegenüber Deutschland zusammen.

War so bisher B.'s Politik für eine Deutschland gegenüber freundliche angesehen worden, so enttäuschte schwer seine Antwort am 10. September 1928 auf der Genfer Völkerbundstagung an den deutschen Reichskanzler Müller, in der er sagte, daß trotz Locarno und dem erst kürzlich abgeschlossenen Kellogg-Pakt kein Politiker an Abrüstung denke. B. schwächte dann diese Rede der Presse gegenüber ab und sprach sogar die Hoffnung auf schnelle Verständigung in der Reparationsfrage aus.

Bei der dann im November 1928 erfolgten Neubildung des Kabinetts Poincaré behielt B. sein Portefeuille bei. Die Führung der äußeren Politik aber nahm im Jahre 1929 zunächst der Ministerpräsident Poincaré selbst in die Hand. An dem Zustandekommen des Young-Plans als Ersatz für den Dawes-Plan sowie an der Ratifizierung des Mellon-Berenger-Abkommens, schließlich an der Ablehnung Londons als Konferenzort und der Wahl vom Haag als solchen im Sommer 1929 muß B. jedoch namhaften, wenn auch weniger erkennbaren Einfluß gehabt haben; jedenfalls wurde er, als Poincaré am 27. Juli 1929 aus Gesundheitsrücksichten zurücktrat, sowohl von diesem selbst, als auch vom Präsidenten der Republik und von der öffentlichen Meinung in Frankreich als dessen selbstverständlicher Nachfolger erklärt.

Zum 11. Mal Ministerpräsident.

Schon am nächsten Tage übernahm B. daher auch die Ministerpräsidentschaft unter Beibehalt des Ministeriums des Auswärtigen in dem sonst völlig gleich bleibenden Kabinett. Kurz zuvor im Juli 1929 frischte B. seinen alten Plan der Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf.

Young-Plan.

Auf der Haager Konferenz im August 1929 wurde B. die Initiative gänzlich von den englischen Ministern Snowden und Henderson aus der Hand genommen. B.'s Geschicklichkeit gelang es dann aber doch, vor seinem Lande die schlechten Eindrücke seiner Unterlegenheit im Haag zu verwischen und den Young-Plan in seiner neuen Form als ein für Frankreich günstiges Ergebnis hinzustellen. Auch für die „Vereinigten Staaten von Europa" trat er im Haag wieder ein. Infolge eines Mißtrauensvotums der Kammer, das mit 288 gegen 277 Stimmen ausgesprochen wurde und sich auf innere Angelegenheiten seiner Kabinettsführung bezog, trat B. mit der Gesamtregierung am 22. Oktober 1929 zurück.

Auch in den beiden folgenden Kabinetten Tardieu vom 2. 11. 1929 und vom 3. 3. 1930, sowie in dem Zwischenkabinett Chautemps vom 21.—25. 2. 1930 blieb Br. Außenminister. Er vertrat Frankreich abermals mit Erfolg auf der Haager Konferenz im November 1929, von der Tardieu sagen konnte, daß Frankreich weder in den Zahlen noch in den Grundsätzen irgendwie nachgegeben habe, und nahm dann ab Januar 1930 an der Londoner Flottenkonferenz teil.

Bei den Beratungen der Finanzkommission über die Ratifizierung des Young-Plans stellte Franklin-Bouillon am 22. 3. 1930 die Frage nach Einhaltung des Termins der Rheinlandräumung, worauf B. wörtlich antwortete: „Jawohl, das Rheinland wird bis 30. Juni auf jeden Fall geräumt." Der Ministerpräsident Tardieu bestätigte diese Erklärung. Nachdem die Ratifizierung des Young-Plans von allen Beteiligten vollzogen war, übersandte B. am 16. 5. 1930 an 26 europäische Staaten seinen Paneuropa-Fragebogen.

Im Juli 1928 erschienen B.'s politische Reden auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Frankreich und Deutschland" mit einer Einleitung von Gustav Stresemann (Verlag Karl Reißner, Dresden, 1928). Bei einem Besuch B.'s in Oxford wurde er von der juristischen Fakultät der Universität Oxford zum Ehrendoktor ernannt.

Seit dem Oktober 1929 war also Briand nicht mehr Ministerpräsident, aber er war wiederholt, und zwar unter Tardieu, Chautemps und Laval Außenminister. Seine vergebliche Kandidatur zum Präsidenten der Republik und die nicht gerade feine Art, mit der man ihm auch zum Schluß das Außenministerium aus der Hand genommen hat, haben die Gesundheit dieses Mannes sehr tief erschüttert. Briand, der schon in den letzten Monaten sehr herzleidend war, hat sich zum Schluß nicht mehr öffentlich politisch betätigt.

*

Der Völkerbund

In Genf traf gegen 4 Uhr nachmittags die Nachricht von dem Tode des früheren französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Briand ein. Man erhielt die Nachricht während der Sitzung des Allgemeinen Ausschusses der Völkerbundkonferenz.

Nur ganz wenige Vertreter der Mächte kannten die Meldung, die sich langsam verbreitete, während der Rumäne Titulescu eine Rede über den japanisch-chinesischen Konflikt hielt.

Nachdem Titulescu seine Rede beendet hatte, erhob sich der Versammlungspräsident

Hymans,

während die ganze Versammlung, die Mächtevertreter, die Presse und das Publikum sich ebenfalls von den Sitzen erhoben. Inmitten tiefen feierlichen Schweigens teilte Hymans mit, daß er soeben mit großer Bewegung die Nachricht erhalten habe, daß Aristide Briand gestorben sei.

„Er war," so fuhr Präsident Hymans fort, „die bewundernswerte Verkörperung des Gedankens des Friedens und der Annäherung unter den Völkern. Er war das Bild selbst des Völkerbundsgedankens. Seine Stimme klingt noch in unseren Ohren. Wir liebten ihn, und wir bewunderten ihn."

Präsident Hymans sprach hierauf der französischen Abordnung das tiefe Beileid der Völkerbundsversammlung aus und schlug vor, zum Zeichen der Trauer die Sitzung eine Viertelstunde zu unterbrechen. Der Führer der französischen Abordnung

Paul-Boncour,

erhob sich hierauf von seiner Bank und sprach den Dank der französischen Abordnung für die Trauerkundgebung der Versammlung aus. Nicht nur als französischer Vertreter, nicht nur als persönlicher Freund und Mitarbeiter Briands, sondern auch als Diener desselben Friedenswerkes und desselben Völkerbundes sei er tief erschüttert. Er bezeichnete es als ein tragisches Ereignis, daß im Augenblick des Todes Briands die Völkerbundsversammlung, das höchste repräsentative Organ des Bundes, tage und sich mit einer Frage beschäftige, der Aristide Briand seine letzten Bemühungen, seinen letzten Atemzug gewidmet habe.

Briand verläßt uns, so sagte Paul-Boncour, ohne daß das Werk des Friedens in diesem besonderen Falle, womit er auf den chinesisch-japanischen Konflikt anspielte, und die Organisation des allgemeinen Friedens die Vollendung gefunden hat, die er anstrebte.

Er legte hierauf das Versprechen ab, daß die französische Delegation im gleichen Geiste wie Briand weiter wirken werde.

Die Sitzung der Versammlung wurde hierauf unterbrochen.

Französische Nachrufe

Paris, 8. März. Die gesamte Presse widmet den größten Raum ihrer Spalten dem Ableben Aristide Briands.

„Petit Parisien" schreibt: Man wird auf seinen Grabstein die Ehrung Chamberlains setzen können: „Briand war der Größte der Franzosen und der Größte der Europäer."

Im **„Journal"** widmet Eduard Herriot dem Verstorbenen einen warmen Nachruf.

„Oeuvre" schreibt: Für Briand war der Frieden eine fortwährende Schöpfung und eine ständige Anpassung an die Wirklichkeit. Was vor allem von ihm bleibt, ist die Tatsache, daß er den Glauben geschaffen hat, und deshalb wird er im Andenken der Menschheit fortleben.

„Republique" erklärt: Briand ist tot, aber der Briandismus lebt fort.

Im **„Populaire"** schreibt Léon Blum: Kein französischer Staatsmann hat einen solchen Aufstieg erlebt, der ihn in der Welt vielleicht noch größer gemacht hat als in seinem eigenen Lande. Dieser Briand wird in der Erinnerung der Menschen und vor allem in der Geschichte fortleben.

Deutsche Nachrufe

Berlin, 8. März. Die Morgenblätter widmen Briand eingehende Nachrufe. Die **„Vossische Ztg."** schreibt, es sei Briand nicht vergönnt gewesen, wie Stresemann in den Sielen zu sterben. Die **„Germania"** betont, daß auch Briand sich niemals ganz von den Grundirrtümern seiner Nation habe freimachen können. Er habe es nicht verstehen wollen, daß das Friedenswerk nur auf der Basis der Gleichberechtigung unter den Nationen sich auswirken könne. Das **„Berliner Tageblatt"** bezeichnet als die eigentliche Ehrung, die Briand würdig sei, die Fortsetzung seines Friedenswerkes. Der **„Vorwärts"** nennt ihn einen Sozialisten, der er im Grunde seines Herzens immer geblieben sei.

Der französische Donauplan

Aus Genf wird gedrahtet:

Ministerpräsident Tardieu

trifft am Dienstag vormittag in Genf ein und wird Verhandlungen mit dem englischen Außenminister über den Vorschlag des Zusammenschlusses der Donaustaaten führen, den die französische Regierung soeben in einer Denkschrift den europäischen Großmächten vorgelegt hat. Der französische Plan baut sich, wie verlautet, im wesentlichen auf folgenden Punkten auf:

1. Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei treten in enge wirtschaftliche Verbindung auf Grund von Abkommen, in denen die wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten für die Zukunft geregelt werden.

2. Der Beitritt der übrigen Donaustaaten, jedoch nicht Polens, zu dieser Staatengruppe ist zulässig. Jedoch bilden die drei erstgenannten Staaten die Grundlage des angestrebten engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaumächte.

3. Die französische Regierung erklärt sich bereit, diesen Staaten im Falle der praktischen Durchführung des Planes finanzielle Hilfe zu gewährleisten.

4. England, Italien, Frankreich und Deutschland verpflichten sich gegenseitig, aus den wirtschaftlichen Vorteilen, die sie der neuen Gruppierung der Donaustaaten besonders auf zollpolitischem Gebiet sichern, für sich keinerlei Sondervorteile in Anspruch zu nehmen. Sollte eine dieser vier Mächte einem der Donaustaaten auf zollpolitischem Gebiete besonders Entgegenkommen zeigen, so dürfen hierdurch unter keinen Umständen Sondervorteile gezogen werden.

Wie weiter verlautet, vertritt die französische Denkschrift den Standpunkt, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Donaustaaten erst dann praktisch begonnen werden sollen, wenn eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland zustande gekommen ist.

*

Wien, 8. März. Die französischen Anregungen zur engeren Zusammenarbeit der Donauländer wurden gestern auf einer Tagung der Wiener Arbeiterkammer erörtert. Die österreichischen Arbeiterkammern, deren Mitglieder von den Arbeitern und Angestellten auf 5 Jahre gewählt werden, haben die Aufgabe, den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften Gutachten und Vorschläge über sozialpolitische und gewerbliche Angelegenheiten zu erstatten sowie Einrichtungen zur Hebung der Lage der Arbeiter zu schaffen und zu verwalten oder daran mitzuwirken. Die Wiener Arbeiterkammer erklärte in ihrer gestrigen Sitzung zu den Plänen des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, daß sie jede Erweiterung des österreichischen Wirtschaftsraumes begrüße, jedoch daran festhalte, daß jede derartige Kombination sich auf Deutschland erstrecken müsse.

Ueber Rumäniens Stellung zu den französischen Plänen wird voraussichtlich in den nächsten Tagen eine amtliche Erklärung veröffentlicht werden. Der rumänische Außenminister, der gestern aus Paris nach Bukarest zurückgekehrt ist, wird heute dem rumänischen König über die Ergebnisse seiner Pariser Besprechungen berichten. In rumänischen politischen Kreisen nimmt man an, daß in der bevorstehenden Erklärung die rumänische Regierung ihr grundsätzliches Einverständnis mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Sinne des französischen Planes zum Ausdruck bringen wird.

Die polnische Regierung ist gestern durch den französischen Botschafter in Warschau offiziell über die Vorschläge des französischen Ministerpräsidenten Tardieu für die Donaustaaten unterrichtet worden. Die polnische Regierungspresse enthält sich bisher einer eigenen Stellungnahme zu den französischen Anregungen. Ein Blatt der polnischen Rechtsopposition meint, daß eine Verstärkung des politischen Einflusses Frankreichs in Südosteuropa für Polen vorteilhaft erscheint, ebenso eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien, die aus dem gemeinsamen Wettbewerb dieser beiden Staaten mit Deutschland in den Donauländern entstehen müsse.

Die **Deutsche Allg. Zeitung"** schreibt, dieser Mann kannte das Leben sehr genau. Er war Franzose und formte es als Franzose. Aber ihm war nichts Menschliches fremd. Die **„Börsenzeitung"** spricht von der „Tragödie des Schauspielers und ihren Lehren für Deutschland". Sein höherer Zweck sei die Macht Frankreichs gewesen. Der **„Lokalanzeiger"** sagt, für Deutschland werde das Ausscheiden Briands aus Leben und politischer Wirksamkeit den Weg zur Klarheit freigeben. Ein großer Franzose sei gestorben, kein großer Europäer. Aehnlich äußert sich der **„Tag"**.

Die englische Presse

London, 8. März. Alle Morgenblätter widmen dem Andenken Briands lange Aufsätze, in denen sie besonders seiner Bemühungen um Frieden und Versöhnung gedenken.

„News Chronicle" sagen: Briand hätte die große Masse des französischen Volkes hinter sich gehabt, dessen Verlangen nach Frieden häufig vergessen werde.

„Daily Herald" sieht in dem verstorbenen Staatsmann einen Vertreter des Frankreichs, das für Vernunft und guten Willen eintritt

„Times" schreiben, Briand habe bei denen, die mit ihm persönlich bekannt wurden, die Ueberzeugung erweckt, daß eine Hegemonie Frankreichs in Europa unter Briands Führung weder egoistisch noch unerträglich sein würde. Die Zusammenarbeit Briands mit Chamberlain und Dr. Stresemann schien eine neue Aera in Europa zu eröffnen, die glücklichste, die Europa seit der Vorkriegszeit erlebt habe. Die Zeit, da Briands körperliche und geistige Kraft nachzulassen begann, falle zusammen mit einem Wiederaufleben des Nationalismus in Europa.

Beileidskundgebungen

New York, 8. März. Zu Briands Tode hat der amerikanische Präsident **Hoover** eine Botschaft an den französischen Staatspräsidenten gerichtet. In dieser Botschaft erklärt Hoover, daß der ehrliche und entschlossene Kampf Briands für den Frieden den verstorbenen französischen Staatsmann dem amerikanischen Volke teuer gemacht habe. Das amerikanische Volk beklage deshalb zusammen mit dem französischen den Verlust des großen Staatsmannes.

Der frühere amerikanische Außenminister Kellogg erklärte, Briand werde in jedem Lande von Millionen Menschen beweint. Briand sei ein großer Staatsmann und der größte Anwalt des Friedens gewesen. Sein Tod sei ein unersetzbarer Verlust für Frankreich und die Welt.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat an den französischen Ministerpräsidenten Tardieu ein Beileidstelegramm gesandt, in welchem er Briand den Baumeister des Friedens nennt.

Polnische Beileidskundgebung

Warschau, 8. März. (Eig. Telegr.)

Anläßlich des Todes Briands hat der polnische Staatspräsident an den französischen Staatspräsidenten Doumer eine Beileidsdepesche gerichtet. Eine ebensolche Beileidsdepesche wurde auch von dem polnischen Ministerpräsidenten Prystor an den französischen Ministerpräsidenten Tardieu gerichtet.

Die polnische Presse widmet dem Verstorbenen längere Nachrufe, in denen seine freundschaftliche Einstellung gegenüber Polen betont und die Tatsache hervorgehoben wird, daß Briand der erste Unterzeichner des polnisch-französischen Freundschaftsabkommens vom Jahre 1921 war. Allerdings werden hinsichtlich seiner politischen Tätigkeit von der polnischen Presse auch verschiedene Einschränkungen gemacht. Die **„Gazeta Polska"** schreibt, daß er ein großer Optimist war und daß sich daraus in den letzten Jahren seiner politischen Tätigkeit verschiedene Wankelmütigkeiten ergeben hätten. Die Wirklichkeit hätte außerdem seine Hoffnungen Lügen gestraft, besonders hinsichtlich der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland.

*

Paris, 8. März. **Die nationalen Beisetzungsfeierlichkeiten für Briand werden am Sonnabend, dem 12. März, 14 Uhr, stattfinden. Die Leiche wird am 10. März in das Außenministerium überführt werden. Am Tage der Beisetzung selbst wird man die Leiche im Garten des Außenministeriums vor den Eingangsgittern des Quai d'Orsay aufbahren. Der Ministerpräsident wird in Anwesenheit des diplomatischen Korps die Trauerrede halten.**

*

Paris, 8. März. Der deutsche Geschäftsträger Botschafter Dr. Forster hat dem Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, das Beileid der Reichsregierung zum Ableben Briands zum Ausdruck gebracht.

Ministerrat beschließt Landwirtschaftshilfe

Warschau, 8. März. (Eig. Telegr.)

Gestern vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Prystor eine Sitzung des Ministerrats statt. In dieser Sitzung wurde in Anbetracht der ungünstigen Meldungen über den Stand der Wintersaaten beschlossen, gewisse Staatsgarantien bei Käufen der Landwirte an künstlichem Dünger zu gewähren. Diese Staatsgarantien sollen in einem solchen Umfange gegeben werden, daß der Schaden des Staates sechs Millionen Zloty nicht überschreiten kann. Außerdem wurde vom Ministerrat beschlossen, beim Ministerrat selbst eine Zentralkommission für landwirtschaftliche Finanzfragen ins Leben zu rufen, die sich mit der Lage der Landwirtschaft beschäftigen wird.

Die Suche nach dem Lindbergh-Kinde

New York, 8. März. **Die Suche nach dem geraubten Kinde des Obersten Lindbergh wird mit unvermindertem Eifer fortgesetzt. In Bristol im Staate Pennsylvanien hat die Polizei zwei Männer und zwei Frauen verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, an der Abfassung des Erpresserbriefes beteiligt zu sein, durch den Lindbergh am Sonnabend zur Hergabe von 50 000 Dollar aufgefordert wurde.**

Der verletzte Botschaftsrat

Noch keine Klärung der Ursache

Allen Umständen nach handelt es sich um einen vorbedachten Anschlag. Der Tatort befindet sich drei Minuten vom Amtsgebäude der Botschaft an der Kreuzung der Leontiewgasse mit der stark belebten Herzenstraße, wo ein Wagen stets langsam die Ueberquerung vornehmen muß. Zeit und Ort entsprechen den Gewohnheiten des Botschafters und Botschaftsrats, die zwischen 13 und 14 Uhr zu Mittag heimfahren. Die Operation führte der berühmteste Moskauer Chirurg Rosenow aus.

Der Täter Juda Stern wurde von Vorübergehenden, darunter den Insassen eines entgegenkommenden Autos der Militärverwaltung verhaftet. Ueber seine Beweggründe kann noch nichts vermutet werden. Jedenfalls ist an politische Gründe zu denken. Der Waffenbesitz ist im Rätebund streng kontrolliert und in Namenslisten mit Nummer der Waffe bei der GPU. verzeichnet. Amtlich ist von der Räteseite allen Formen des üblichen Bedauerns genügt. Twardowski ist bewundernswert gefaßt und frisch. Wundkomplikationen sind aber immerhin möglich.

*

In den Abendstunden des Tages fand sich eine größere Zahl Angehöriger der deutschen Kolonie, zumeist Ingenieure und Fachleute, aber auch Firmenvertreter, im Dienstgebäude der Botschaft ein, die auf Grund der wie ein Lauffeuer unter allen Deutschen verbreiteten Nachricht von der abscheulichen Tat herbeigeeilt waren, um den Botschafter zu sprechen. Als von Dirksen, aus seiner Wohnung herbeigerufen, erschien, drückte der Redner dieser spontanen Versammlung die Freude und den Glückwunsch zu dem glimpflichen Ausgang des ungeheuerlichen verbrecherischen Anschlags, der höchste Bestürzung und Entrüstung hervorriefe, aus. Zugleich aber kam sehr nachhaltig die Besorgnis um die eigene Sicherheit aller deutschen Landsleute zum Ausdruck. Botschafter von Dirksen erwiderte darauf:

„Mit großer Ergriffenheit sehe ich aus Ihrem Erscheinen die herzliche landsmännische Verbundenheit aller Deutschen hier in Moskau. Die Erschütterung über das an einem Mitglied der deutschen Botschaft begangene Verbrechen berührt uns alle tief. Ein großes Glück und Gnade verhinderte einen unheilvolleren Ausgang

Amtliche und private Vertreter des Deutschtums im Auslande müssen stets gewärtig sein, das Ziel von Angriffen und verbrecherischen Handlungen zu sein, die aus Krankheit und geistiger Verwirrung einzelner oder auch aus politischen Spannungen auf anderen Gebieten erwachsen.

In Portugal, wo keine solche Spannungen vorliegen, ist der Gesandte von Baligand das Opfer eines Mordes geworden. Zahlreiche Drohbriefe, welche die Botschaft und mich hier erreichten, gaben uns Kunde davon, daß wir Deutsche in der Anschauungswelt der Feinde der Rätemacht eine Rolle spielen, die uns einbezieht in innerpolitische Spannungen. Zu Zeiten von Regierungsmaßnahmen, die die Oeffentlichkeit hier stark in Anspruch nehmen, haben wir diese Haßäußerungen immer stark gefühlt, ihnen jedoch keine Bedeutung beimessen dürfen.

Ich möchte Sie aber beruhigen dahingehend, daß ich nicht glaube, daß dieses Attentat das Signal zu weiteren Ausbrüchen der Deutschfeindlichkeit ist.

Die Räteregierung hat ihr Beileid und ihre Entschuldigung ausgesprochen und dürfte alles tun, um die Aufklärung und die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, denn sicher ist das Verbrechen ein schweres und verhängnisvolles Ereignis."

Die deutsche Kolonie mißt diesen verständnisvollen und der außerordentlichen Lage in höchstem Maße gerecht werdenden Worten des Botschafters größte Bedeutung bei. Die Zusammenkunft ging beruhigt mit einer Huldigung für Twardowski auseinander.

Vor den für Ausländer bestimmten Lebensmittelgeschäften sind heute Polizeiposten aufgezogen.

Neuregelung der Gerichtskosten in Westpolen

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 8. März.

In der gestrigen Sejmsitzung wurde wieder einmal mit Hochdruck gearbeitet, und es wurden in einer 10stündigen Sitzung 16 Gesetzesprojekte in zweiter und dritter Lesung angenommen und 6 weitere in erster Lesung vorgebracht.

Unter den angenommenen Gesetzen befindet sich auch das Gesetz über Neuregelung der Steuerstrafen. Durch dieses Gesetz werden die Strafen für illegalen Tabakanbau für diejenigen, die den Tabak für den eigenen Verbrauch anbauen, herabgemildert. Ferner werden mit den Strafen für falsche Zolldeklarationen die Waren belastet, die falsch deklariert wurden. Bisher war für die Strafe der Besitzer der Ware verantwortlich. Da aber in vielen Fällen das Besitzrecht nicht einwandsfrei geklärt werden konnte, ist die beschlossene Neuerung eingeführt worden. Weitere Bestimmungen betreffen die Strafen für Uebertretungen im Veredelungsverkehr mit Danzig.

Von einiger Wichtigkeit ist ferner das gestern ebenfalls beschlossene Gesetzesprojekt über

Neuregelung der Gerichtskosten

im ehemals preußischen Teilgebiet. Der Referent hob hervor, daß auf diesem Gebiete der Appellationsgerichte Posen und Thorn sowie des Bezirksgerichts Kattowitz die Gerichtskosten bisher nachträglich zahlbar waren. Auf allen anderen Gebieten Polens sind die Kosten bereits im voraus zu zahlen. Eine Vereinheitlichung der Bestimmungen kann hier aber erst nach dem 1. Januar 1933 erfolgen, da erst dann das neue Zivilrechtsverfahren in Kraft tritt. Bis dahin wird die Frage der Gerichtskosten durch das vorliegende Gesetzesprojekt geregelt. Die Rückstände an Gerichtskosten sind im ehemals preußischen Teilgebiet sehr hoch. In Oberschlesien belaufen sich diese Rückstände auf 43 Prozent, in Posen und Pommerellen auf etwa 55 Prozent. Insgesamt sind 10 Millionen Rückstände vorhanden, wovon wahrscheinlich 6 Millionen nicht eintreibbar sein werden. Das neue Gesetz bringt eine besondere Gebühr von 3 Prozent für das Objekt, so daß hinsichtlich der Gerichtskosten das ehemals preußische Teilgebiet mit den anderen Teilgebieten dieselben Bestimmungen haben wird. Der Referent betonte, daß diese Maßnahme in Westpolen sehr unangenehm empfunden wird, daß sie aber der erste Schritt zu einer Vereinheitlichung der Gesetzgebung sei. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde noch das Regierungsprojekt bezüglich der zusätzlichen

Kredite für den Arbeitslosenfonds

im Wirtschaftsjahre 1931/32 angenommen. Der Referent führte aus, daß dieses Projekt eine Erhöhung des vorgesehenen Regierungskredits zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 27 877 000 Zloty vorsieht, so daß die Gesamtsumme der im abgelaufenen Wirtschaftsjahr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligten Beträge sich auf 133 Millionen Zloty beläuft. Weiterhin wurde das neue Tabakmonopolgesetz beraten, durch das ein besonderes staatliches Tabakmonopolunternehmen, ähnlich wie es beim Spiritusunternehmen der Fall ist, geschaffen wird. Die Grundlagen des bisherigen Tabakmonopols werden durch das neue Gesetz nicht berührt. Nach der Annahme von einigen internationalen Abkommen, ging man zur ersten Lesung des Gesetzes über Neuregelung des Sozialversicherungswesens über. Dabei ergriff auch Arbeitsminister Hubicki das Wort und teilte mit, daß die Neuregelung des Sozialversicherungswesens in zwei Richtungen gehe. Einmal würden die Bezüge für die Arbeiter im Interesse der Aufrechterhaltung des Budgets herabgesetzt. Wenn die Arbeiterbeihilfen überhaupt weiter gezahlt werden sollten, dann müßte ihre Verringerung erfolgen. Ferner soll die Arbeiterklasse durch die Neuregelung der Sozialversicherungen mit der polnischen Staatlichkeit enger verbunden werden. Der Arbeitsminister stellte zum Schluß fest, daß er vom Ministerpräsidenten zu der Erklärung ermächtigt sei, daß die Regierung die neuen Sozialversicherungsgesetze nicht auf dem Dekretwege zu erlassen gedenke, sondern noch auf dem ordentlichen Gesetzeswege durch den Sejm beschließen lassen wolle.

In der Debatte ergriffen verschiedene Redner das Wort, darunter auch der deutsche Abg. Jankowski, der eine Erklärung abgab, in der er gegen die Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer protestierte.

Washingtonfeier in Berlin

Die Verbände, die in besonders engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten stehen, an ihrer Spitze die Vereinigung Karl Schurz, hatte sich zu einer Feier des 200. Geburtstags von George Washington im Plenarsitzungssaal des Reichstags zusammengefunden, die unter dem Ehrenvorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg stand. Durch die große Beteiligung der Regierungskreise sowie des Publikums und durch die programmatische Bedeutung der Festreden wurde die Feier über den unmittelbaren Anlaß hinaus zu einer eindrucksvollen Kundgebung deutsch-amerikanischer Freundschaft.

Schon die einleitenden Worte, die der Vorsitzende der Vereinigung Karl Schurz, Anton Erkelenz, sprach, hoben die Tatsache hervor, daß George Washington als einer der Schöpfer der politischen Freiheit auf die Entwicklung der deutschen Freiheitsbewegung von großem Einfluß gewesen ist.

Reichskanzler Dr. Brüning,

der mit großem Beifall begrüßt wurde, kennzeichnete dann in seiner Ansprache diesen Einfluß namentlich nach der ethischen Seite hin, da Washington eine Persönlichkeit von hoher Seelengröße gewesen sei, die über die nationalen Schranken hinaus die Bewunderung und die Achtung der ganzen Welt gewonnen habe, und heute noch als Vorbild dienen könne. Der Redner schlug eine besonders zeitgemäße Note an, als er an den persönlichen Angriffen und Kränkungen, denen Washington noch als Staatspräsident ausgesetzt gewesen ist, zeigte, wie gleich sich die politischen Sitten leider geblieben sind. Im übrigen erinnerte der Kanzler an den großen Anteil, den die deutschen Einwanderer an den Befreiungskämpfen der amerikanischen Nation gehabt haben, sowie daran, daß Friedrich der Große dem jungen Staat das wichtigste, was er nach seiner Gründung brauchen konnte, nämlich feste Handelsbeziehungen, verschafft hat. Der Kanzler schloß mit dem Wunsch, daß die geschichtliche Freundschaft zwischen den beiden Völkern fortdauern und sich noch weiter vertiefen möge.

Es folgte eine Ansprache des amerikanischen Botschafters Sackett sowie eine längere Festrede des Ministerialrats Professor Dr. Windelband, die beide hauptsächlich die innerpolitische Bedeutung des ersten amerikanischen Präsidenten zum Gegenstand hatten. Nach der Ansprache des Kanzlers sang die Versammlung stehend die amerikanische, nach der des Botschafters die deutsche Nationalhymne. Die amerikanische Steuben-Gesellschaft hatte durch ihren Vorsitzenden ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Rundfunkansprache des Herrn Reichspräsidenten am Donnerstag

Berlin, 8. März. **Nach den bisherigen Dispositionen dürfte es sich bestätigen, daß der Herr Reichspräsident am Donnerstag abend um 7.30 Uhr im Rundfunk spricht.**

Abbau von 4 Ministerien geplant

Warschau, 8. März. (Eig. Telegr.)

Die Verwaltungskommission des Sejm hat bereits einen ausführlichen Plan für die Neuregelung des Verwaltungswesens in Polen ausgearbeitet. Diesem Plan zufolge sollen vier Ministerien abgeschafft werden, und zwar das Ministerium für Post und Telegraphie, für Arbeit und öffentliche Fürsorge, für Agrarreform und für öffentliche Arbeiten. Das Ministerium für Agrarreform soll dem Landwirtschaftsministerium angegliedert werden. Die Kompetenzen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten sollen auf verschiedene Ministerien verteilt werden, das Ministerium für Post- und Telegraphie soll dem Handelsministerium angeschlossen werden, und die Kompetenzen des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge sollen ebenfalls verteilt werden. Hingegen soll ein neues Ministerium für Selbstverwaltungsfragen geschaffen werden. Die Kompetenzen des Innenministeriums werden zum großen Teil diesem neuen Selbstverwaltungsministerium übertragen werden. Das Innenministerium wird eigentlich nur als ein Ministerium für öffentliche Sicherheit bestehen bleiben. Die Neuordnung des Verwaltungswesens soll erst nach Schluß der Sejmsession erfolgen und wird wahrscheinlich durch eine Verordnung des Staatspräsidenten eingeführt werden.

Der Kampf um billiges elektrisches Licht

Von der Front des Kampfes um billiges elektrisches Licht in Polen liegt folgender Situationsbericht vor: Der Konsumentenstreik in Petrikau dauert weiter an. Ebenso in Tomaszów, Radomsk und Czenstochau. In allen diesen Ortschaften sind Bürgerkomitees an der Arbeit, die sich entschlossen haben, den Streik bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Der Streik in Kielce nimmt scharfe Formen an. Die Stadt ist ohne elektrische Beleuchtung. Das Streikkomitee tritt scharf gegen diejenigen auf, die die solidarische Haltung der Streikenden durchbrechen wollen. Die Verhandlungen mit dem Städtischen Elektrizitätswerk sind bisher ergebnislos verlaufen. Das Elektrizitätswerk hat jegliche Ermäßigungen abgeschlagen. Im benachbarten Radom werden nach mehrtägigem Demonstrationsstreik Verhandlungen zwischen dem Elektrizitätswerk und Vertretern der Bürgerschaft geführt. Man hofft, zu einer Einigung zu kommen. In Dabrowa-Górnicze hat ein Bürgerkomitee den Beginn des Streiks proklamiert. In Lublin sind Verhandlungen im Gange. Eine kleine Ermäßigung haben die Konsumenten in Przemysl erlangt. Der Preis für eine Kilowattstunde ist um 7 Groschen herabgesetzt worden. In Rzeszów wird weiter gestreikt. In Lemberg geht die Ortspresse ohne Unterschied der Partei gegen die hohen Strompreise vor. Am Montag wurden Verhandlungen mit Vertretern des Elektrizitätswerkes eingeleitet. Auch in Krakau nimmt die Streikaktion entschiedene Formen an. Dort wird in der Presse besonders darauf hingewiesen, daß das Krakauer Elektrizitätswerk den Strom aus Jaworzno schöpfe und 6 Groschen für die Kilowattstunde zahle, während es von der Bevölkerung 60 Groschen plus 10 Prozent Zuschlag in Gestalt der Staatssteuer verlange. Jedenfalls sind die Konsumenten überall im Lande bereit, ihre Forderungen energisch durchzusetzen. Die Elektrizitätswerke wehren sich zwar noch, werden aber über kurz oder lang doch wohl nachgeben müssen.

Kleine Meldungen

Stockholm, 8. März. Der ehemalige Direktor der Arbeitgebervereinigung, Hjalmar von Sydow, wurde hier in seiner Wohnung von seinem Sohne, vermutlich in geistiger Umnachtung, erschossen.

*

Budapest, 8. März. In Mezöbereny hat ein 40jähriger Landwirt im Streit 5 Verwandte mit einem Beil erschlagen. Der Mörder wurde verhaftet.

Internationale Wein-Konferenz in Paris

Paris, 8. März. **Ministerpräsident Tardieu hat gestern hier eine internationale Wein-Konferenz eröffnet, auf der 30 Nationen, darunter Deutschland, vertreten sind.**

Englische Goethe-Ehrung

London, 8. März. Die im Londoner Cambridge-Theater gestern abend im Rahmen der Goethe-Hundertjahrfeier vom Aachener Stadt-Theater gegebene Sonderaufführung des Urfaust gestaltete sich zu einem künstlerischen Ereignis ersten Ranges. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Graf Bernstorff, mit dem Stab der deutschen Botschaft, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps, der Londoner Gesellschaft, des künstlerischen Lebens Londons, der englischen Presse und der deutschen Kolonie wohnten der Vorstellung bei. Die englische Presse würdigt das Ereignis eingehend.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.
Druck: Concordia Sp. Akc.

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 56
Mittwoch, den 9. März 1932

Posener Kalender

Dienstag, den 8. März

Sonnenaufgang 6.24, Sonnenuntergang 17.43; Mondaufgang 6.46, Monduntergang 19.11.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft 0 Grad Cels. Westwinde. Barometer 745. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 4, niedrigste 0 Grad Cels. Niederschläge 3 Millimeter.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 9. März

Zunächst meist trübe mit Niederschlägen, Temperaturen langsam sinkend, Winddrehung nach nördlichen Richtungen.

Holzversorgung des Wohlfahrtsdienstes
Telephon 1185.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Wielki:
Dienstag: „Die geschiedene Frau". (Premiere.)
Mittwoch: Sinfoniekonzert.

Teatr Polski:
Dienstag: „Millionen Qualen".
Mittwoch: „Millionen Qualen".
Donnerstag: „Der Hauptmann von Köpenick".

Teatr Nowy:
Dienstag: „Den man ins Gesicht schlägt".
Mittwoch: „Der Habicht".
Donnerstag: „Einbruch".

Kinos:
Apollo: „Das Jahr 1914". (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Drei Schüsse". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Zigeunerromanze". (½5, ½7, ½9.)
Nowości: „Christus". (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Ronny". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Der Heide" („Poganin"). (5, 7, 9.)

Petrikirche. Wegen einer dringenden Dienstreise des Herrn Konsistorialrats Haenisch fällt der Passionsgottesdienst am Mittwoch dieser Woche aus.

Verein der Freundinnen junger Mädchen

Am Donnerstag, dem 10. März, nachmittags 4.30 Uhr findet die Jahresversammlung des Vereins der Freundinnen junger Mädchen wie immer im Heimatsaal des Christlichen Hospizes, Wjazdowa 8, statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Vortrag von Superintendent D. Rhode über „Die Verantwortung der bürgerlichen Gesellschaft für die Entstehung des Freidenkertums". Frau Ruth Behrendt hat sich dankenswerterweise mit ihrer Sangeskunst zur Verfügung gestellt. Alle Mitglieder und Freunde des Vereins sind zu diesem Nachmittage herzlich eingeladen. Gebäck bitte mitzubringen.

Kleine Posener Chronik

X **Straßenbahnwagen in Flammen.** In der Bergstraße (Podgórna) brannte die Sicherung der Straßenbahn durch, wodurch der Wagen im Nu in Flammen stand. Der Motorwagen wurde dermaßen beschädigt, daß er in die Wagenremise gebracht werden mußte. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

X **Lysolvergiftung.** Der 18jährige Heinrich Scigala, welcher von der Fürsorgeerziehungsanstalt Cerekwica in die Lehre nach Posen gegeben wurde, versuchte sich mit Lysol zu vergiften. Nachdem dem jungen Mann der Magen ausgepumpt worden war, wurde er in das Städtische Krankenhaus gebracht.

X **Ausgegrabener Menschenschädel.** Bei der Ausführung von Erdarbeiten in der ul. Nadolnik wurden drei Menschenschädel in zirka 2 Meter Tiefe ausgegraben, die offenbar schon seit längerer Zeit in der Erde liegen. Ermittlungen wurden eingeleitet.

Washington-Feier

Im Teatr Polski fand am Sonntag eine Feier anläßlich des 200. Geburtstages Washingtons statt. Der Feier wohnten u. a. der Posener Vizepräsident Dr. Kiedacz, Landesstarost Begale, Landesversicherungsrat Wybieralski und Domherr Zborowski bei. Das Protektorat hatte in Abwesenheit des amerikanischen Botschafters Willys der Geschäftsträger Flack übernommen. Nachdem die Kapelle des 58. Inft.-Regts. unter Leitung des Hauptmanns Chmielewicz die Hymne „Heil Kolumbia" gespielt hatte, hielt Ing. Krause als Vizevorsitzender der Polnisch-englischen Vereinigung, von der die Feier veranstaltet wurde, eine Eröffnungsansprache, in der er die erschienenen Behörden begrüßte. Die Kapelle intonierte die amerikanische Nationalhymne. Eine längere Festrede über Washington wurde dann von Prof. Baron Ropp gehalten. Als darauf die Kapelle die „Kościuszko-Polonaise" nach dem Original vom Jahre 1752 gespielt hatte, hielt Herr Warfield eine Rede in englischer Sprache. Es folgte die Intonierung polnischer Tänze von Szarwenka. Alsdann trug Frau Gertruda Konatkowska einige Werke von Paderewski auf dem Klavier vor, während Frl. Linke vier amerikanische Lieder sang. Mit der polnischen Nationalhymne fand die Feier ihr Ende.

Instrumente des modernen Orchesters

Im Rahmen der öffentlichen Vorträge der Posener Universität spricht heute im Collegium Minus, Saal 22, um 8 Uhr abends Dr. K. Zielinski über das Thema „Instrumente des modernen Orchesters" (mit Demonstration einiger Instrumente).

Zwangsversteigerungen

X Mittwoch, 9. d. Mts., vorm. 11 Uhr Bäckerstraße 20/21 Druckereimaschinen Bauer und Record, eine Papierschneidemaschine und Schreibmaschine.

Eisenbahnzusammenstoß bei Nakel

Elf Beamte verletzt, unter ihnen sechs schwer

X **Nakel**, 8. März.

Am Montag nachmittag ereignete sich in Nakel eine schwere Eisenbahnkatastrophe, über die folgende Einzelheiten gemeldet werden: Gegen 5.15 Uhr nachmittags rangierte eine Güterzuglokomotive auf einem toten Gleise, als ein Güterzug, der von Gnesen kam, bei offenem Einfahrtssignal auf den rangierenden Zug auffuhr. Dabei wurden 20 Wagen, die mit Kohlen beladen waren, völlig zertrümmert. Das gleiche Schicksal traf zwei weitere Wagen mit Baconladungen. Nach den bisherigen Ermittlungen sind 11 Personen verletzt worden; bei 6 Personen handelt es sich um Verletzungen ernsterer Natur. Die Verletzten sind Bahnbeamte. An der Unglücksstätte traf bald ein Rettungszug ein, um den Verletzten die erste Hilfe zu bringen und mit den Aufräumungsarbeiten zu beginnen. Auch eine Untersuchungskommission war zur Stelle. Wie verlautet, ist die Katastrophe vom Dienstpersonal selbst verschuldet worden. Der angerichtete Sachschaden ist sehr groß. Die Bahnstation Nakel gehört der Danziger Eisenbahndirektion an.

Ein neues Schwindelmanöver, um zu Geld zu kommen

Inowrocław, 7. März. Dieser Tage erschien in der Wohnung des in Pakość wohnhaften Arbeiters Nalasski ein unbekannter Mann, der sich der Frau als Beamter aus Mogilno vorstellte, und verlangte von ihr ein Verzeichnis der Kinder mit der Erklärung, daß in Kürze ein Krieg ausbrechen und die Männer von kinderreichen Familien vom Militärdienst befreit werden würden. Der Unbekannte, der ein Verzeichnis der Arbeiter der Zuckerfabrik Tuczno besaß, fragte dann nach der Adresse des Arbeiters Chojnacki, der ebenfalls in Pakość wohnt. In der Wohnung dieses Arbeiters verlangte er auch noch das Militärbuch des Mannes. Nach Aushändigung desselben begab er sich zum Standesamt, wo er unter Vorzeigung des Buches um Ausstellung eines Totenscheines für ein Kind des Ch. bat. Er erhielt einen Schein, der vom Arzte bestätigt werden sollte. Der Schwindler begab sich auch zu dem dortigen Arzt Dr. Drescher, der aber zusammen mit ihm nach der Wohnung gehen wollte, um den Totenschein auszustellen, worauf der Unbekannte sagte, er habe nur noch etwas zu erledigen. Er käme in zehn Minuten wieder. Nachdem Dr. Drescher zwei Stunden gewartet hatte, begab er sich nach der Wohnung des Chojnacki, wo festgestellt wurde, daß der Unbekannte ein Schwindler ist, der nur das Sterbegeld von der Krankenkasse abheben wollte. Der Unbekannte ist 1.65 m groß, schmächtig, hat längliches Gesicht, blasse Gesichtsfarbe, Pockennarben, schwarzes Haar, englischen Schnurrbart, trägt graue Joppe, etwas dunklere Beinkleider, lange schwarze Stiefel, Sportmütze und ist zirka 30 Jahre alt. Es wird gebeten, den Schwindler sofort bei seinem Auftauchen dem nächsten Polizeiposten zu übergeben.

Raffinierter Kautionsschwindel

Arbeitsloser wird um den letzten Besitz geprellt

X **Posen**, 8. März. In einer Zeitungsanzeige Mitte Februar wurde ein Kino-Kassierer gegen 1000 Zloty Kaution gesucht. Es meldete sich darauf ein Herr U. aus Kalisch, der nach schriftlicher Verabredung in Posen mit dem angeblichen Kinobesitzer, dem Friseur Sz., in dessen Geschäft zusammentrifft. Dort trifft er außerdem einen weiteren Herrn an, der sich als bisheriger Kassierer vorstellt und erklärt, daß er ausscheiden wolle, da er eine bessere Stellung gefunden habe. Als Beweis legt er eine Anzahl Eintrittsblocks vor.

Als Herr U. noch schwankend ist, tritt ein weiterer Herr auf, der sich als Bewerber vorstellt. Herrn U. wird erklärt, daß er sich sofort entscheiden müsse, andernfalls der dritte Herr die Stellung bekäme. So mürbe gemacht, erklärt sich Herr U., der seit zwei Jahren ohne Stellung ist, bereit, die Kaution sofort zu hinterlegen, und gibt gegen einen schriftlichen Vertrag, der mit dem Stempel: „Kino Apollo, Mosina", und mit der Unterschrift des Friseurs versehen ist, 700 Zloty in bar und 300 Zloty in einem Wechsel.

Als er am nächsten Tage die Stellung in Moschin antreten will, erfährt er, daß Herr Sz. zwar einmal Pächter gewesen ist, der Pachtvertrag aber bereits abgelaufen ist.

Er fährt sofort nach Posen zurück und verlangt die Rückzahlung der Kaution. Sie wird ihm für acht Tage später auch zugesichert.

Als er am 1. März wieder erscheint, hat der Friseur nachts seinen Laden geräumt und sich nach Moschin zu seinen Eltern begeben. Herr U., der ihn sofort ausfindig macht, erstattet Anzeige bei der Polizei in Moschin. **Diese erklärt jedoch, daß das eine Angelegenheit der Zivilklage sei, und sie nichts unternehmen könne.** Daraufhin wurde Anzeige beim Staatsanwalt erstattet.

Daß Herr U. von seinem Gelde etwas wiedersehen wird, ist natürlich so gut wie ausgeschlossen. Wieder ist ein armer Arbeitsloser um die letzten Mittel geprellt. Auffallend ist freilich, daß sich immer wieder Dumme finden, die auf solchen Kautionsschwindel hineinfallen, wenn das auch in diesem Falle durch die große Not des Arbeitslosen menschlich verständlich ist.

Etwas eigenartig berührt aber auch das Verhalten der Polizei.

Es sollte eigentlich doch allen Arbeitslosen klar sein, daß Kautionen für Stellungen nur dann gesetzlich zulässig sind, wenn sie in einer staatlichen Bank oder im Gericht deponiert werden; alle anderen Kautionen sind von vornherein als Schwindel anzusehen.

Gegebenenfalls ist in allen Fällen dringend zu raten, vorher Rat von sachverständiger Stelle einzuholen.

Einbrecher unter uns!

Die Geschäfte am Alten Markt werden von Spitzbuben heimgesucht.

X **Posen**, 8. März.

Am vergangenen Sonntag versuchten Einbrecher durch die Mauer in das Geschäft des Kaufmanns M. Stuermer einzudringen, wurden aber von dem Geschäftsinhaber verscheucht. Kurze Zeit darauf begab sich der Kaufmann St. Schulz, dessen Geschäft auf dem Nachbargrundstück liegt, auf einen Kontrollgang. Als er in den Keller ging, überraschte er einige Diebe. Er besaß so viel Geistesgegenwart, die Diebe einzuschließen und dann die Polizei zu alarmieren. Die Polizei konnte zwei Spitzbuben festnehmen. Rätselhaft ist, wie die Einbrecher von den Nachtwächtern übersehen werden konnten. Der dritte Spitzbube hatte sich in einem Koffer versteckt. Als das Dienstmädchen am nächsten Tage Kohlen holte, entwischte er.

Als Arbeitslose besuchen die Diebe die Geschäfte, um sich die nötigen Kenntnisse zur Durchführung ihrer Pläne zu verschaffen.

Großpolens ältester Mann †

X **Krotoschin**, 5. März.

In Zakluszyn starb dieser Tage einer der ältesten Bewohner Großpolens, Stanislaw Czyżyński, im Alter von 116 Jahren. Der Verstorbene hat an den polnischen Unabhängigkeitskämpfen im vergangenen Jahrhundert teilgenommen.

Der Mieterverband Polens,

der seine Büroräume Stary Rynek 95/96, Hof 1. Stock hat, sammelt Unterschriften für eine Aktion, die bei den Regierungs- und Gesetzgebungsbehörden zwecks Erlangung einer Herabsetzung der Mieten, die angesichts der vorgenommenen Reduktion der Gehalts- und Lohnbezüge zu hoch sind, unternommen werden soll. Es werden deshalb alle Mieter und Untermieter (auch Nichtmitglieder) zur Unterzeichnung der betreffenden Denkschrift aufgefordert, die in den Bürostunden von 9—1 und 3—6 Uhr im Sekretariat des Verbandes, Stary Rynek 95/96, spätestens bis zum 18. März ausliegen wird. Am 20. März fährt eine Delegation mit der Denkschrift nach Warschau.

Generalversammlung des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe

X **Bromberg**, 7. März. Am Sonntag, dem 13. März d. J., nachmittags 4 Uhr, findet in Bromberg im Zivilkasino, ul. Gdańska 20, die Generalversammlung des Wirtschaftsverbandes Städtischer Berufe statt, in der ein namhafter Redner aus dem Auslande einen Vortrag über Handwerksfragen halten wird.

Bücher und Zeitschriften billiger

Durch die Notverordnung in Deutschland wurden auch die Preise aller Bücher, die vor dem 1. Juli 1931 erschienen waren, und ein Teil der Zeitschriften um 10 Prozent gesenkt. Von diesem Preisnachlaß wurden nur die Volksausgaben ausgenommen, die mit ihren billigen Preisen schon unter dem Verkaufspreis standen. Dem Verbande der Buchhändler in Polen ist es gelungen, diese Preissenkung auch auf Polen auszudehnen, so daß in Polen die deutschen Bücher und Zeitschriften zu denselben Preisen wie in Deutschland verkauft werden. Diese Preisermäßigung wird jedenfalls in erhöhtem Maße dazu beitragen, daß der Bücherfreund für den eigenen Bücherschrank und bei Gelegenheitsgeschenken wertvolle Bücher kauft, besonders da damit gerechnet werden muß, daß nach Aufhebung der Notverordnung auch wieder die früheren höheren Preise in Kraft treten.

Die Arbeitslosigkeit in Polen

Nach Angabe des Statistischen Hauptamtes gab es in Polen am 27. Februar 343 846 registrierte Arbeitslose. Diese Zahl verteilt sich nach Berufen folgendermaßen: Bergleute 15 887 Arbeitslose (darunter Sosnowitz 1300, Drohobycz 918, Schlesien 11 825), Metallhüttenarbeiter 4960 (Schlesien 4150), Glashüttenarbeiter 2355 (Petrikau 425), Metallarbeiter 34 087 (Warschau 4430, Lodz 2045, Sosnowitz 2075, Schlesien 9131, Bromberg 1266, Posen 1898), Textilarbeiter 31 089 (Lodz 21 903, Sosnowitz 1683, Biala Krakowska 1450, Bialystok 2045, Schlesien 993), Bauarbeiter 40 334 (Warschau 3055, Lodz 3290, Sosnowitz 1509, Lublin 1124, Krakau 1546, Lemberg 1780, Drohobycz 1350, Przemysl 1000, Schlesien 10 824, Bromberg 1044), Geistesarbeiter 38 608 (Warschau 3750, Lodz 3494, Sosnowitz 1300, Lublin 1145, Krakau 1230, Lemberg 2172, Wilna 1392, Schlesien 6054, Bromberg 1690, Posen 3600). Die Zahl der nichtqualifizierten Arbeitslosen betrug 150 047 Personen 140 829 Personen waren teilweise beschäftigt; davon arbeiteten 4951 einen Tag in der Woche, 19 913 zwei Tage, 48 464 drei Tage, 46 325 vier Tage und 21 166 Personen fünf Tage in der Woche.

Die Passionsblume

Von den bis jetzt bekannten 250 Arten der Passionsblumen, die vorwiegend dem tropischen Amerika angehören, ist die mit ihren weißen Blüten und dem blauen Strahlenkranze wohl die als Zimmerpflanze am meisten verbreitete Art. Sie stammt aus den Urwäldern von Brasilien und Peru, wo sie lianenartig von Baum zu Baum rankt. Mit einer anderen fleischfarbigen Passiflora, die einen roten Strahlenkranz besitzt, kam sie unter dem Namen „Amerikanische Klematis" im Jahre 1625 nach Rom, wo ihre prächtigen, eigenartigen Blüten viel Aufsehen erregten.

Schon bald, im Jahre 1633, gab ihr B. Ferrari den Namen „Passionsblume", indem er ihre Blütenteile in seinem Buch „Von der Kultur der Blumen" mit den Marterwerkzeugen Christi verglich. Die drei Narben der Blütengriffel stellen die Kreuzesnägel dar, die fünf Staubbeutel die Wundmale, der gestielte Fruchtknoten den Kelch, der einem Glorienschein gleichende Fadenkranz die Dornenkrone, die drei- bis fünflappigen Laubblätter die Lanze oder die Hände der Häscher und die Ranken der Geißeln. Die weiße Farbe aber versinnbildlicht die Unschuld des Erlösers und die zehn Blumenblätter die Apostel. Die beiden fehlenden Apostel sind Judas, der den Herrn verriet, und Petrus, der Verleugner. — Durch diese Symbolik wurde die wunderschöne Pflanze bald so volkstümlich, daß sie Ausgangs des 17. Jahrhunderts sich schon in Südeuropa, wo sie gut gedeiht, völlig eingebürgert hatte. — Dazu kommt noch, daß sie wohlschmeckende eigroße Beerenfrüchte liefert, die durch ihre gelbrote Farbe der Frucht des Granatbaumes ähneln, weshalb der Spanier sie Granadilla nennt. In Südamerika wird eine andere, vierkantige Art von vanilleartigem Wohlgeruch wie der Wein in Spalieren gezogen. Ihre rötlichen Früchte haben die Größe eines Gänseeies und enthalten ein süßes, breiartiges Fruchtmark, das nicht nur gern gegessen, sondern auch als Heilmittel und zur Herstellung wohlschmeckender Getränke dient. Im westlichen Brasilien und in Peru wächst eine großfrüchtige Art mit handlangen Beeren, die ein Gewicht von 8 bis 9 Pfund haben und der Melone an Geschmack nicht nachstehen.

Bei uns gedeihen verschiedene Arten von Passionsblumen — so die bereits genannte blaue und die in Süddeutschland noch winterharte fleischfarbene Passionsflora — sogar im Freien an sonniger, geschützter Wand. Im Herbst aber müssen sie frostfrei eingedeckt werden, damit sie nicht zugrundegehen. Mit ihrem eleganten Blattwerk und den großen, leider rasch vergänglichen Blüten sind sie ein prächtiger, einzigartiger Schmuck des Balkons und mehr noch des Zimmerfensters. Eine der schönsten Gartenzüchtungen, die im sonnigen Zimmer während des ganzen Jahres ihre großen Blüten entfalten, ist die nach der Kaiserin Eugenie benannte Abart. Der christlichen Symbolik wegen spielt die Pflanze eine große Rolle in der kirchlichen Kunst. Auch im Volk ist sie nach wie vor beliebt, und ein Lyriker, der 1827 verstorbene Wilhelm Müller, singt von ihr:

> **Hochgebenedeite Pflanze, deren schöner Blütenstern**
> **Uns im milden weißen Glanze zeigt das Martertum des Herrn.**

pz.

Budewitz

*) Der Landwirtschaftliche Verein hielt am 6. März seine Monatsversammlung ab, wobei nach der Begrüßung seitens des Vorsitzenden, des Herrn Gutsbesitzer Lengert-Lagiewniki, Geschäftsführer Höhne-Posen die Arbeit des Frauenausschusses bei der Welage und Diplomlandwirt Bußmann die Frühjahrsbestellung besprach.

Filmschau

„Ronny"

Das „Słońce" führt uns wieder mal eine echte und rechte Tonfilmoperette vor, in deren Mittelpunkt ein erfreulich gesundes Menschenkind steht, das das Herz auf dem rechten Fleck hat. Diese Kostümzeichnerin wird an den Hof von Perusa geschickt, um dem Hoftheater mit ihren Kostümen anläßlich einer Premiere zu dienen. Das Unglück will, daß die Primadonna für die Hauptrolle nicht gefunden werden kann. Der Fürst des Landes bildet sich ein, daß die hübsche Zeichnerin die Primadonna sei. Wohl oder übel sieht sich der Intendant des Theaters gezwungen, dem äußerst reizvollen Mädchen die Rolle zu übergeben. Sie machte ihre Sache natürlich außerordentlich gut. So gut, daß sich der Fürst, dessen Werk übrigens das Premierenstück ist, rettungslos in sie verliebt. Obwohl er ihr ein wunderbares Schloß und gleiche Kostbarkeiten mehr zu Füßen legt, verhält sich die schöne Ronny durchaus abweisend. Sie benutzt den Eindruck, den sie gemacht hat, dazu, um dem reichlich verdutzten Fürsten gehörig den Kopf wegen der Zustände in seinem Staate zu waschen. Schließlich bekommt er sie natürlich doch noch. Da Ronnys Rolle in den Händen von Käte von Nagy liegt, die erfreulich weit von der Puppenhaftigkeit üblicher Filmgrößen entfernt ist, und in dieser Operette nicht nur die Musik charmant und dienenswürdig ist, kommen alle Besucher voll und ganz auf ihre Kosten.

jh.

(Ende des redaktionellen Teils)

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 56 Mittwoch, den 9. März 1932

Die Neuerungen im Verwaltungsgerichtswesen

Im Innenministerium ist ein Gesetzesvorschlag über die Reform des Verwaltungsgerichtswesens ausgearbeitet worden, der noch in der laufenden Session vom Sejm angenommen werden soll. Dieses Gesetz soll eine Ausführung des Artikels 73 der Verfassung darstellen; Art. 73 der Verfassung ruft nämlich die Verwaltungsgerichtsbarkeit ins Leben und bestimmt, daß in den Verwaltungsgerichten Staatsbürger und unabhängige Richter vertreten sein sollen, und daß an der Spitze des Verwaltungsgerichtswesens das Oberste Verwaltungsgericht stehen soll.

Seit mehreren Jahren besteht zwar in Warschau das für ganz Polen zuständige Oberste Verwaltungsgericht, das infolge zu großer Arbeitsüberhäufung sehr langsam arbeitet und seine Entscheidungen regelmäßig erst einige Jahre nach Einreichung der Klage fällt. Die Verwaltungsgerichte der niederen Instanzen sind dagegen bisher noch nicht im Sinne der Verfassung errichtet worden, sondern es sind in den einzelnen Teilgebieten die entsprechenden Einrichtungen der Teilungsmächte beibehalten worden. Im preußischen Teilgebiet bestehen also noch die ehemaligen Provinzial-Verwaltungsgerichte als Berufungsinstanz. In Kongreßpolen, wo es zu russischer Zeit keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab, gibt es bis heute noch keine Verwaltungsgerichte. Dort gibt es nur als Rechtsmittel gegen Entscheidungen der ersten Instanz die Berufung an die Verwaltungsbehörde der nächst höheren Instanz. Erst gegen die Entscheidung der zweiten Instanz kann eine Kassationsklage beim Obersten Verwaltungsgericht erhoben werden. Dieses Verfahren ist übrigens im Laufe der Zeit durch die neue polnische Verwaltungsgesetzgebung (insbesondere Steuergesetzgebung) immer mehr in ganz Polen, also auch in unserem Teilgebiet eingeführt worden.

Das Oberste Verwaltungsgericht ist nur Kassationsinstanz, d. h. es bestätigt die Entscheidung der Verwaltungsbehörde oder hebt sie auf; das Oberste Verwaltungsgericht hat jedoch nicht das Recht, beispielsweise im Fälle der Ablehnung der Erteilung einer Konzession durch die Verwaltungsbehörde, selbst eine Entscheidung zu treffen und die Konzession zu erteilen. Die neue Entscheidung kann nur die Verwaltungsbehörde fällen.

Im Obersten Verwaltungsgericht urteilt immer ein Richterkollegium, das sich zum Teil aus unabhängigen Berufsrichtern und aus Beamten zusammensetzt. Die klagende Partei muß bei einer Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht durch einen Rechtsanwalt vertreten sein. Die Einreichung einer Klage beim Obersten Verwaltungsgericht unterliegt einer Stempelgebühr in Höhe von 33 Zloty; diese Gebühr wird der klagenden Partei rückerstattet, sofern der Klage stattgegeben wird; wird die Klage dagegen abgewiesen, so kann das Gericht die Gebühr bis auf 300 Zloty erhöhen.

Wir haben oben erwähnt, daß das Oberste Verwaltungsgericht nur eine Kassationsinstanz ist. In der neuen polnischen Verwaltungsgesetzgebung wird die Tendenz verfolgt, die Verwaltungsgerichtsbarkeit möglichst auf diese eine Kassationsinstanz zu beschränken. Der vom Ministerium ausgearbeitete Gesetzesvorschlag über die Reform des Verwaltungsgerichtswesens sieht dementsprechend die Schaffung von Provinzial-Verwaltungsgerichten vor, die auch nur Kassationsinstanz für Entscheidungen der Verwaltungsbehörden zweiter Instanz sein sollen. Nur in ganz bestimmten Fällen soll die Berufung des Obersten Verwaltungsgerichts in Warschau gegen Entscheidungen der Provinzial-Verwaltungsgerichte möglich sein. Durch die Schaffung der Provinzial-Verwaltungsgerichte wird also lediglich bezweckt, das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau zu entlasten.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit hat für alle Bürger des Staates eine große Bedeutung, da ein jeder fast täglich mit den Verwaltungsbehörden, insbesondere mit den Steuerbehörden in Berührung kommt. Daher sind bereits durch polnische Juristenkreise der Regierung Forderungen zugeleitet worden, deren Berücksichtigung bei der grundsätzlichen Regelung des Verwaltungsgerichtsverfahrens auch wir im Interesse einer gerechten Behandlung aller Staatsbürger durch die Behörden sehr begrüßen würden. Es wird verlangt, daß die Kompetenz der Verwaltungsgerichte erweitert werde, und diese berechtigt sind, nicht nur wie bisher die Legalität von Entscheidungen der Verwaltungsbehörden, sondern auch deren Zweckmäßigkeit zu prüfen. Auf diese Weise soll eine Kontrolle derjenigen Verwaltungsakte, die dem freien Ermessen der Behörde überlassen sind, ermöglicht werden.

Zweitens wird verlangt, daß jedem, der seine Rechte durch eine Entscheidung der Verwaltungsbehörden verletzt glaubt, das Recht der Klage beim Verwaltungsgericht zustehen muß (actio popularis).

Ferner ist zu fordern, daß die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte auch auf die meritorische Beurteilung der ihnen vorgelegten Streitfälle ausgedehnt wird. Die Verwaltungsgerichte müssen beispielsweise berechtigt sein, eine ungerechte Steuerveranlagung nicht nur aufzuheben, sondern auch gleichzeitig eine zu hoch veranlagte Steuer zu ermäßigen.

Die Reform des Stempelsteuer-Gesetzes

Erhöhung der festen Gebührensätze — die prozentualen Verkehrssteuern bleiben unverändert

Das geltende Stempelgesetz (ustawa o oplatach stemplowych) vom 1. Juli 1926 wird als eins der mangelhaftesten Produkte neuer polnischer Gesetzgebung bezeichnet. Dieses Gesetz ist sowohl in formeller Hinsicht vollkommen unglücklich aufgebaut, als auch in den Einzelbestimmungen dermaßen unklar abgefaßt, daß es notwendig ist, daß das Finanzministerium bis zum heutigen Tage dauernd Erläuterungen und Auslegungen des Stempelgesetzes unter einer besonderen Rubrik im Amtsblatt des Finanzministeriums veröffentlicht, obwohl das Gesetz schon mehr als fünf Jahre in Kraft ist. Ein derart unzulängliches Gesetz mußte naturgemäß von Anfang an auf den schärfsten Widerstand der Bevölkerung und der Wirtschaft stoßen. Es wurde infolgedessen schon wiederholt die Frage einer grundlegenden Reform des Stempelgesetzes in der Oeffentlichkeit besprochen; vor etwa einem Jahr hieß es sogar, daß die Regierung einen fertigen Entwurf für eine grundlegende Umgestaltung des Gesetzes vorbereitet habe, der jedoch nicht an die Oeffentlichkeit gelangt ist.

In den letzten Tagen hat die Regierung dem Sejm einen Gesetzesvorschlag für eine Novelle zum Stempelgesetz eingereicht; die Novelle soll nach der Absicht der Regierung die Mängel des Gesetzes vom 1. Juli 1926 beseitigen und außerdem eine Steigerung der Staatseinnahmen aus Stempelgebühren herbeiführen. Dagegen bringt die Novelle

keine grundlegende Umgestaltung des Stempelgesetzes.

Die Regierung meint nämlich, daß gegenwärtig für die Reform des Stempelgesetzes und die damit verbundene Erörterung wichtiger Fragen keine Zeit sei, zumal die diesjährige Session des Parlaments in kurzer Zeit geschlossen wird. Die Novelle begnügt sich daher hauptsächlich mit der

Aenderung einer Reihe unbrauchbarer Bestimmungen des Gesetzes.

Die Novelle zum Stempelgesetz sieht Aenderungen des Gesetzes unter folgenden Gesichtspunkten vor: 1. Steigerung der Staatseinnahmen aus Stempelgebühren; 2. Anpassung der Bestimmungen des Stempelgesetzes an Aenderungen, die auf anderen Gebieten des Rechtswesens eingetreten sind; 3. Auslegung des Gesetzes; 4. Vereinfachung der Verwaltung und im Zusammenhang damit Verringerung von Ausgaben; 5. Befreiungen von Stempelgebühren. Die wichtigsten Bestimmungen innerhalb dieser fünf Gruppen sollen nachstehend erwähnt werden:

Am meisten interessieren die Allgemeinheit die **Erhöhungen des Gebührentarifs.**

Die Regierungsvorlage sieht **nur eine Erhöhung der festen Gebührensätze vor, während die variablen (prozentualen) Sätze unverändert bleiben.** Diese unterschiedliche Behandlung der Gebührensätze hält die Regierung aus der Erwägung für berechtigt, als eine Erhöhung der variablen Sätze auf den Verkehr hemmend einwirken würde und infolgedessen eine Verminderung der Staatseinnahmen zur Folge haben müßten; die Erhöhung der festen Gebührensätze wird nach Ansicht der Regierung nicht diese nachteilige Folge nach sich ziehen. (?)

Es sollen hauptsächlich folgende Gebühren erhöht werden: Die Mehrzahl der **3 Zloty-Gebühren werden auf 5 Zloty erhöht;** dies gilt für Eingaben an Behörden (die Gebühr für Anlagen in Höhe von 50 Groschen bleibt unverändert), Bescheinigungen von Behörden, Vollmachten, Bürgschaften, Notariatsakte, die nicht einer prozentualen Gebühr unterliegen. Einzelne **Gebühren, die bisher 1 Zloty betrugen, werden auf 2 Zloty erhöht,** und zwar Gebühren für bestimmte Gerichtsvollmachten, Abschriften von Notariatsakten, Duplikate von amtlichen Urkunden u. ä. Die **Gebühr für Konzessionsurkunden wird von 20 Zl. auf 50 Zloty erhöht.** Die Gebühren für **Berufungen gegen eine Entscheidung des Bezirksarbeitsinspektors** (okręgowy inspektor pracy) wird **von 3 Zloty auf 20 Zloty** erhöht. Die Gebühr für die Genehmigung einer wirtschaftlichen Ausstellung wird von 3 Zloty auf 10 Zloty erhöht. Die Stempelgebühr der Quittungen über den Empfang einer Geldsumme von über 250 Zloty soll 50 Groschen anstatt wie bisher 20 Groschen betragen.

Die Bestimmungen über die rechtliche **Schätzung von Grundstücken** sollen ebenfalls geändert werden, und zwar soll der tatsächliche Verkaufspreis als Grundlage der Berechnung der Gebühr dienen; auf diese Weise soll gleichfalls eine Steigerung der Staatseinnahmen erzielt werden.

Auf die weiteren Aenderungen des Gesetzes bezüglich Anpassung der Bestimmungen des Stempelgesetzes an eingetretene anderweitige Gesetzesänderungen, ferner bezüglich der Auslegung des Gesetzes. und Vereinfachung der Verwaltung wollen wir hier nicht näher eingehen und behalten uns eine eingehende Erörterung dieser Fragen in späteren Aufsätzen vor.

Wir führen dagegen nachstehend die vorgesehenen **Befreiungen von den Stempelgebühren** an. Von Stempelgebühren sollen befreit werden: **Verbände und Stiftungen, die Krankenhäuser unterhalten,** Verträge über den Kauf von Grundstücken durch juristische Personen für den Bau oder die Einrichtung von Heilanstalten usw.; stempelfrei sollen Schreiben sein, die im Zusammenhang mit der **Spezialgesetzgebung** stehen; ferner **Versicherungen von Obligationen des Polnischen Staates** gegen Kursverluste und gegen Auslosungen; Verträge, die durch Makler an den Warenbörsen ausgestellt werden, sollen von der 50 Groschen-Gebühr befreit werden mit Rücksicht auf die oft kleinen Warenumsätze an Fleischbörsen; stempelfrei sollen weiterhin Schreiben sein, sollen weiterhin Schreiben sein, die den Empfang von Geld zur Verzinsung durch Bankunternehmen bestätigen. Der Finanzminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Minister für Industrie und Handel den Aktiengesellschaften, die sich umgestalten oder fusionieren, weitgehende Erleichterungen und Befreiungen von Stempelgebühren zu gewähren.

Steuer-Rundschau

Dia Besteuerung fremder Kapitalien

Die Gründung produktiver Unternehmungen wird in Polen seit langem u. a. dadurch unterbunden, daß Kapitalien, die für Bauzwecke und verschiedene andere Industrien und schließlich auch als gewöhnliche Anleihen aufgenommen werden, einer Besteuerung unterliegen. Die Finanzämter forschen rigoros, woher die investierten Kapitalien stammen, und wenn der Unternehmer seine Geldquelle nicht angeben wollte, wird das gesamte fremde Kapital von einer exorbitanten Steuer erfaßt. Diese Praxis hat nun zur Thesaurierung von Kapitalien geführt, da die Geldgeber aus Furcht vor der Kontrolle mit ihrem Kapital nicht herausrücken wollten. Die Volkswirtschaft hat durch ihre falsche Steuerpolitik schwere Schäden erlitten. Nun hat das Finanzministerium in den letzten Tagen den verschiedenen Finanzkammern ein Rundschreiben zugeschickt, in dem untersagt wird, nach der Herkunft der beschaffenen Gelder zu forschen und die Darlehensgeber durch das Steueramt zu verfolgen. Dieses Rundschreiben beseitigt einen empfindlichen Uebelstand und stellt in dieser Hinsicht eine Wendung in der polnischen Steuerpraxis dar. Die wohltuenden Auswirkungen dieser Maßnahme werden sicherlich nicht ausbleiben, und es ist anzunehmen, daß die Schaffung von Produktivstätten dadurch einen starken Antrieb erhalten wird.

Ablehnung unvollständiger Wirtschaftsbücher

Im Anschluß an die Veröffentlichung der Bestimmungen über die landwirtschaftliche Buchführung in der Beilage „Recht und Steuern" des Pos. Tagebl. zitieren wir nachstehend einen Urteilsspruch des Oberverwaltungsgerichts vom 12. 4. 1929 L. Rej. 2417/27, wonach die Veranlagungsbehörde berechtigt ist, eine landwirtschaftliche Buchführung abzulehnen, wenn aus den Büchern nicht die Menge und Arten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ersichtlich sind, oder wenn ein Kassa-Konto Einnahmepositionen fehlen.

Steuererleichterungen für die Landwirtschaft!

Das Finanzministerium hat im Zusammenhang mit dem eingereichten Gesetzesvorschlag über die Abzahlung der Steuerrückstände durch Rundschreiben vom 24. Februar dieses Jahres L. D. V. 8266/1/32 angeordnet, daß **Zwangseintreibungen von Steuerrückständen, die vor dem 1. Oktober 1931 entstanden sind, eingestellt werden.** Diese Verfügung gilt für folgende Arten von Steuern einschließlich Staats- und Kommunalzuschlägen: Grundsteuer, Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer.

Die Vergünstigungen dieses neuen Rundschreibens gelten **nur für Landwirte.** Als Steuerrückstände von Landwirten gelten Rückstände von Steuern, die aus dem Grundbesitz entstanden sind. Wenn ein Steuerzahler außer der Landwirtschaft andere Vermögensobjekte besitzt, so sind die Steuerrückstände entsprechend proportional auf die einzelnen Steuerquellen zu verteilen und nur der Teil der Rückstände die auf den Grundbesitz entfallen zu stunden; dies gilt hauptsächlich für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer.

Steuerrückstände, die nach dem 30. September 1931 entstanden sind, werden nicht gestundet. Bei der Zwangseintreibung dieser zuletzt genannten Steuerrückstände sollen jedoch die Steuerbehörden nach Möglichkeit solche Maßnahmen vermeiden, die eine Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebes erschweren. Die Zwangsvollstreckungen sollen daher möglichst an Sachen durchgeführt werden, die mit der Landwirtschaft gar nicht oder nur lose im Zusammenhang stehen; es darf **nicht lebendes Inventar gepfändet werden;** insbesondere weist das Ministerium die Steuerbehörden an, die Bestimmungen des § 23 b der Exekutionsinstruktion vom 17. 4. 1926 zu beachten, nach welcher ein gewisses Mindestquantum an Getreide und Bodenerzeugnissen, die zur Führung eines normalen Wirtschaftsbetriebes erforderlich sind, nicht gepfändet werden darf.

Räuberbande überfällt zwei Nachtwächter

Ehemaliger Polizist als der Täterschaft dringend verdächtig verhaftet

ka. **Schmiegel, 7. März. Der Nachtwächter Kaczmarek von hier bemerkte in der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. am katholischen Friedhof mehrere Personen, die im Begriff waren, etliche Sack Getreide and Mehl fortzutragen. K. forderte die Leute auf, sich auszuweisen. In dem Moment bekam er einen Axthieb über den Kopf, der ihn sofort besinnungslos zu Boden streckte. Der ihm zu Hilfe eilende Wächter Niewidziała wurde ebenfalls erheblich am Kopf verletzt. Es gelang ihm aber noch, mit dem Feuerhorn Signale abzugeben.**

Nun zogen es die Räuber vor, das Weite zu suchen. Die sofort alarmierte Polizei begann sogleich mit der Verfolgung der Diebe. Die Spur führte nach dem Dorf Kuschen und dort in das Haus des ehemaligen Polizeiwachtmeisters Kaźmierczak, bei dem mannigfaches, das aus anderen in der letzten Zeit vorgekommenen Diebstählen herrührt, vorgefunden wurde. Kaźmierczak und sein Sohn wurden als der Tat dringend verdächtig verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Ihnen droht das Standgericht.

Einbruch in die staatliche Forstkasse

× **Nakel**, 7. März. Bisher noch nicht ermittelte Täter statteten dem hiesigen staatlichen Forstamt einen Besuch ab. Im Schutze der Nacht konnten sie ungehindert in das Innere der Büroräume gelangen und hier mit Hilfe verschiedener Gegenstände den eisernen Geldschrank aufbrechen. Gestohlen wurde sämtliches Bargeld, Briefmarken und Wertpapiere im Gesamtwerte von annähernd 1000 Zloty. Die Polizei hat energische Nachforschungen eingeleitet.

Die verprügelten Spitzbuben

l. **Wongrowitz**, 5. März.

In der Nacht zum 13. v. Mts. wurden dem Landwirt Graunke in Lopienno aus der Scheune etwa 10 Ztr. Roggen gestohlen. Am 25. hatte Herr G. wieder einen größeren Posten gedroschen, den er aber, da es spät geworden war, auf der Tenne lassen mußte. Da er wieder unerbetene Gäste erwartete, blieb er der Sicherheit wegen in der Scheune. Nachts zwischen 11 und 12 Uhr kamen drei Personen. Sie versuchten die Bretter vom Tor abzureißen. Da das aber sehr viel Lärm machte, gingen die Diebe weg, um nach einer Stunde wiederzukommen Sie hatten wohl kein brauchbares Handwerkszeug gefunden, jedenfalls versuchten sie auf die gleiche Weise die Scheune zu öffnen. Herr G. stürzte sich plötzlich, mit einem Knüppel bewaffnet, auf die Banditen. Er schlug kräftig los. Die Spitzbuben waren so verblüfft, daß sie die Flucht unter Zurücklassung von Pantoffeln, Hut und Mütze ergriffen.

Mit Hilfe der Polizei konnten dann am folgenden Tage die Söhne eines benachbarten Besitzers des Diebstahls überführt werden.

Gerichtliche Sühne der Konitzer Arbeitslosenunruhen

× **Konitz**, 7. März. Vor dem Bezirksgericht in Konitz wurde gegen 24 Personen verhandelt, die sich wegen der Januar-Zwischenfälle in Konitz zu verantworten hatten. Die Anklageschrift warf ihnen vor, am 21. Januar die Polizei während der Ausübung ihres Dienstes tätlich angegriffen, die Fürsorgebüros demoliert und etwa 80 Scheiben im Magistrat eingeschlagen zu haben. Nach der Verhandlung wurden die Angeklagten Franciszek Pelplinski und Antonina Wróblewska zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt, so weitere erhielten Strafen von drei bis sechs Monaten Gefängnis. Die übrigen 12 Angeklagten sprach das Gericht frei. Allen Verurteilten, außer Pelplinski und Wróblewska, ist dreijähriger Strafaufschub gewährt worden.

Kirchendiebe

× **Thorn, 7. März. In die katholische Kirche in Chełmoń, Kr. Briesen, drangen bisher noch nicht ermittelte Diebe ein und entwendeten vom Marienbild das Kleid, die Krone, die Korallen und andere Vota. Ferner zerschlugen sie das Tabernakel und stahlen den Hostienkelch. Alle Gegenstände waren aus Silber oder vergoldet.**

Gnesen

l. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 3. drangen Einbrecher in das hiesige Seminar ein. Durch die Küche gelangten sie auf den Speicher, wo sie eine größere Beute machten. Gestohlen wurden hauptsächlich Wurst-, Fleisch- und verschiedene Räucherwaren im Gesamtwerte von 300 Zloty. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Pinne

tz. Auf einer Autofahrt schoß sich der Gerichtssekretär Boleslaus Kaldowski in den Kopf. Sein Begleiter, Herr Eduard Mizdalek, der am Steuer saß, brachte den Schwerverletzten in das hiesige Krankenhaus, wo eine Operation versucht werden soll. Der Schwerverletzte erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Der Grund zu seiner Tat ist nicht bekannt.

Birnbaum

m* Fahrraddiebstahl. Aus dem Hausflur des Hauses der Westbank wurde am Freitag, dem 4. d. Mts., abends kurz nach 8 Uhr ein fast neues Fahrrad gestohlen. Der oder die Täter, von denen bisher nichts bekannt ist, müssen jedenfalls den Besitzer des Rades schon vorher genau beobachtet haben, denn der ganze Vorgang hat sich innerhalb 10 Minuten abgespielt.

m* Spitzbuben. In der Nacht von gleichem Freitag zum Sonnabend wurden der armen Arbeiterfrau B. 3 tragende Ziegen und einige Kaninchen gestohlen. Die Frau hat mit vieler Not und Mühe die Ziegen bis jetzt durch den Winter gefüttert, um im Frühjahr und Sommer Ertrag davon zu haben. Aber auch vor solcher Bedürftigkeit machten die Spitzbuben nicht halt.

m* Familienabend des Jungmädchenvereins. Am Sonntag, 6. d. Mts., abends veranstaltete der hiesige Jungmädchenverein unter der rührigen Leitung der Diakonissenschwester Amanda einen wohlgelungenen deutschen Familienabend. Der Saal war, wie auch sonst, schön gefüllt. Die Vorführungen (Deklamationen, Gesang, Reigen und Theaterstücke) wurden mit viel Beifall aufgenommen. Ein Eintrittsgeld wurde, wie üblich, nicht erhoben, nur durch Tellersammlung wurden die Unkosten gedeckt.

Die Weltkartoffelmärkte vor dem Frühjahrsgeschäft

Trotz des an sich ruhigen Geschäftes in den meisten Ländern liegen doch interessante statistische Unterlagen aus dem Jahre 1931 vor, die die internationalen Beziehungen, die die Kartoffel in den letzten Jahren immer mehr vertieft hat, umfassend darlegen. Die Märkte haben sich im allgemeinen im Monat Februar auf das Frühjahrsgeschäft vorbereitet und ihre Aufgabe, den laufenden Bedarf zu decken, überall restlos und ohne Schwierigkeiten erfüllt. In Deutschland sahen wir in den letzten Wochen einen durchschnittlich ruhigen, aber stetigen und fest untermauerten Markt, der durch zwei Kälteeinbrüche unterbrochen bzw. vorübergehend angeregt wurde. Das Ausfuhrgeschäft nahm sehr an Bedeutung gegenüber den vorhergehenden Monaten ab, obwohl sich Deutschland erneut an die Spitze der Länder setzen konnte, die hauptsächlich den englischen Markt versorgten. Besonderes Interesse hatte das Saatkartoffelgeschäft, das aber infolge verschiedener Preismeinungen noch keineswegs zu ausreichenden Umsätzen geführt werden konnte. Daran änderten auch behördliche Massnahmen zur Sicherung der Lieferungen von Original- und anerkanntes Saatgut wenig. Die Ausfuhr Deutschlands belief sich im Jahre 1931 auf 494 650 t im Werte von 14,314 Mill. Rm. gegenüber nur 99 897 t im Jahre vorher. In Holland und in Belgien zeigen die Kartoffelmärkte eine fast gleichlaufende Entwicklung wie in Deutschland. Das Geschäft in diesen Ländern ging mit der Entwicklung auf den englischen Bedarfsmärkten über und wurde ausserdem in Holland durch das im Vordergrund des Interesses stehende Zwiebelgeschäft zurückgedrängt. In Holland trafen gegen Februarmitte die ersten Wintermaltakartoffeln ein, die jedoch viele kranke Knollen enthielten, so dass das Interesse nicht sonderlich war. Schon zu Februaranfang wurde von den englischen Märkten eine ruhigere Nachfrage gemeldet. Auch die grossen schottischen Plätze verzeichneten bei ausreichendem inländischen Angebot nur mässige Umsätze. In den Ankunftshäfen lagerten grössere Mengen ausländischer Kartoffeln, die den Bedarf für längere Zeit deckten. Der von der englischen Landwirtschaft geforderte Preisschutz ist mit Wirkung vom 1. März ab Wirklichkeit geworden, indem England ab diesem Zeitpunkte einen Wertzoll in Höhe von 10 Prozent erhebt. Grössere Voreinfuhren sind auf Grund dieses Zolles nicht erfolgt. England führte in der Woche vom 7.—13. Februar 13 790 t und in der Woche vom 14.—20. Februar 11 455 t ein, darunter aus Deutschland 4 974 bzw. 4 427 t, aus den Niederlanden 3 604 bzw. 2 754 t und aus Belgien 1 635 bzw. 1 179 t. Die Gesamteinfuhr Englands im Jahre 1931 erreichte 829 400 t gegen nur 290 000 t im Vorjahre. Die Lage in Frankreich war zunächst nicht einheitlich, dann aber setzte sich eine Befestigung durch, die auch bisher angehalten hat. Die deutsche Verordnung, die die Durch- und Einfuhr französischer Kartoffeln wegen der Koloradokäfergefahr verbietet, hat in Frankreich lebhafte Proteste ausgelöst. Deutschland hat sich nun auch den englischen Massregeln angeschlossen. Die französische Ernte 1931 wird nun endlich mit 16 117 000 t (Vorjahr 13 429 000 t) angegeben. Unter diesen Umständen wird es verständlich, dass Frankreich die Abdrosselung seiner Ausfuhr sehr empfindet. Vielleicht wird nun der Kampf gegen den Koloradokäfer in Frankreich mit grösserer Energie aufgenommen als wie bisher. Spanien hat in diesem Jahre seine Saatkartoffeleinfuhr von 12 360 t im Vorjahre auf 10 180 t vermindert. Die Wetterverhältnisse waren bisher so günstig, dass man einen guten Ernteausfall erwartet. Im wichtigsten Kartoffelanbaugebiet Spaniens, in Mataro, rechnet man mit einer Ernte von 96 800 t. Mit der Ausfuhr nach England soll nicht vor dem 1. April begonnen werden, obwohl die ersten Frühkartoffeln zu Märzbeginn geerntet werden. In Italien mussten infolge kleinerer Zufuhren die Preise erneut anziehen. Man notierte in Rom 70—80 und in Mailand 50—80 Lire je dz. Die Preise für Saatkartoffeln lagen bis zuletzt unverändert. Die italienischen Ausfuhrvorschriften für das Jahr 1932 weisen gegenüber denen vom Vorjahre nur wenige Veränderungen auf. Losschaligkeit und daher rührende Farbenveränderungen stellen keinen Mangel dar. Die Ausfuhr ist ab 15. März zulässig, sofern das Mindestgewicht 20 g je Knolle beträgt. Nunmehr ist auch die Ausfuhr von Knollen zulässig, die unter 20 g, aber nicht unter 10 g wiegen. Das Mindestgewicht sogenannter kleiner Knollen für den französischen Markt ist von 15 auf 10 g ermässigt worden. In der Schweiz war die Entwicklung ebenfalls durch die Wetterlage gegeben. Die Bestände haben doch schon mehr abgenommen, als man vermutete. Gelbfleischige Sandbodenware ist schon recht knapp. Der Zoll hielt ausländische Sendungen immer noch fern. In Saatkartoffeln waren die Umsätze keineswegs so gross wie im Vorjahre. Trotz wenig umfangreicheren Geschäftes konnten die Preise in Ungarn weiter anziehen. Man rechnet mit einem weiter regen und anwachsenden Ausfuhrgeschäft. Ungarn führte von Januar bis September 1931 29 741 t aus. Die Tschechoslowakei gibt die endgültige Erntezahl 1931 mit 9 726 200 t (Vorjahr 8 948 300) an. Gemäss einer Bekanntgabe des Landwirtschaftsministeriums ist eine Einschränkung der Einfuhr erfolgt. Aus Dänemark, Frankreich, Holland, Deutschland, Polen und Oesterreich dürfen Kartoffeln nur in begründeten Ausnahmefällen eingeführt werden. In Oesterreich verlief das Inlandsgeschäft unbefriedigend. Die Preise liegen unverändert. In Polen war die Gestaltung der Kartoffelmärkte durch die Kälte bedingt, die die Umsätze zur Ruhe zwang. Die Nachfrage war dagegen recht gut, so dass die Stimmung bei leicht erhöhten Preisen befestigt blieb. Polen führte im Jahre 1931 insgesamt 42 349 t (Vorjahr 25 900 t) aus. Man erwartet im Frühjahr noch grosse Absatzmöglichkeiten, da schon vorzeitig Nachfrage aus Belgien und England vorliegt. In Estland war das Kartoffelgeschäft durch die Witterungsverhältnisse zur Ruhe verurteilt. Auch hier, so wie in Lettland, hofft man auf gute Ausfuhrmöglichkeiten bei erstem offenen Wetter im Frühjahr. In Russland haben die Hackfrüchte durch den plötzlichen Eintritt strenger Winterfröste sehr gelitten. Trotz Gründung vieler Saatgutwirtschaften herrscht immer noch Mangel an wichtigen Sämereien, vor allem auch an Saatkartoffeln. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird die Haltbarkeit der Ernte durchaus ungünstig beurteilt. Seit 1901 ist nicht mehr eine solch qualitativ minderwertige Ernte eingebracht worden wie im Jahre 1931. Die Ausfuhr hatte unter diesen Zuständen sehr zu leiden. Die Gesamteinfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika belief sich im Jahre 1930 auf 4 257 847 bushel. 94 Prozent der Einfuhr stammen aus Kanada. In die restlichen 6 Prozent teilen sich Holland, Estland, Mexiko und Kuba. Aus Brasilien liegen nähere Nachrichten über den Saatgutverbrauch dieses Landes aus dem Auslande vor. Bis Oktober 1930 wurden 79 422 Sack eingeführt. Hauptlieferer sind Argentinien, Frankreich, Italien, Holland und Deutschland. Wie aus Cypern mitgeteilt wird, ist die Frühkartoffelernte von guter Beschaffenheit bei allgemeinen Durchschnittserträgen. Befriedigende Nachfrage liegt aus Palästina, Aegypten, Griechenland usw. vor.

Dr. R.

Um den Ausbau der Wasserstrassen

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat kürzlich seine gesamten Pläne für den Ausbau der polnischen Wasserstrassen fertiggestellt. Zunächst sollen die Mittel für einen 10jährigen Arbeitsplan bewilligt werden. Vorgesehen sind: 1. Inangriffnahme der systematischen Weichselregulierung, hauptsächlich im Oberlauf; 2. Fertigstellung des Kohlenkanals vom Kohlenrevier bis Krakau; 3. Regulierung der Warthe von der Prosna-Mündung bis Konin; 4. anschliessend Beginn des Kanalbaues von der Warthe zum Goplo-See und schliesslich 5. Inangriffnahme des Ausbaues der Wasserstrasse vom Goplo-See über Bromberg bis zur Weichsel.

Zur vollen Regulierung der Weichsel reichen weder Zeit noch Mittel dieses 10 Jahresplanes aus. Für die Regulierung der Weichsel und den Kohlenkanal bis Krakau sollen in den nächsten 10 Jahren 325 Mill. zł zur Verfügung stehen, während annähernd 30 Mill. zł für den Wasserweg Warthe—Goplo-See—Weichsel verwendet werden sollen.

Der Bau des Kohlenkanals von der Kattowitzer Gegend bis Krakau ist zweifellos der wichtigste Teil des Programms. Die Kohlenversorgung der galizischen Industrie soll dadurch verbilligt und das Eisenbahnnetz im oberschlesischen Industriegebiet entlastet werden. Ein besonderer Seitenkanal ist neben der Weichsel vorgesehen, wie ihn kurz vor dem Kriege schon Oesterreich in Bau genommen hatte. Daneben soll die Regulierung der oberen Weichsel von der Przemsamündung bis Zawichost an der San-Mündung, die schon vor dem Kriege von Oesterreich und Russland gemeinsam in Angriff genommen war, fortgeführt werden. Der Kanal bis Krakau soll zur Hälfte schon in den ersten fünf Jahren fertiggestellt werden. Die Regulierung der mittleren Weichsel zwischer der Sanmündung und Thorn soll nur zum kleineren Teil, und zwar im Interesse des Schutzes der Landwirtschaft durchgeführt werden. Daneben ist in dem 10-Jahresplan noch eine Verbesserung des Weichsel-Unterlaufes für die Schiffahrt geplant.

Kleine Meldungen

Gründung einer polnisch-belgischen Zellulosefabrik

Aus Warschau wird gemeldet, dass Verhandlungen über die Gründung einer polnisch-belgischen Zellulosefabrik geführt werden. Die neue Gesellschaft soll nach einem belgischen Patent fabrizieren. In Polen besteht starkes Interesse an diesen Verhandlungen auf seiten des privaten Waldbesitzes, der im Falle eines positiven Ergebnisses der Verhandlungen einen Teil des Aktienkapitals übernehmen dürfte.

Polnisch-französische Kreditverhandlungen?

Der polnische Finanzvertreter in Paris, Minister Targowski, soll, wie man uns meldet, mit einem französischen Finanzkonsortium in Verhandlungen bezüglich Aufnahme einer grösseren polnischen Anleihe stehen. Der Anleiheerlös soll teilweise für Haushaltszwecke Verwendung finden. Ueber die Höhe der Anleihe war vorläufig nichts in Erfahrung zu bringen.

U. E. dürften die Aussichten für eine Erlangung einer Anleihe äusserst gering sein, hinzu kommt, dass die französischen Finanzkreise Bedingungen stellen, die die polnische Regierung schon aus Prestige-Gründen nicht annehmen kann.

Posener Viehmarkt

vom 8. März 1932.

Auftrieb: Rinder 721, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1650 Kälber 570, Schafe 88, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3029.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	64—68
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	56—60
c) ältere	44—50
d) mäßig genährte	30—38
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	56—62
b) Mastbullen	48—54
c) gut genährte, ältere	40—46
d) mäßig genährte	32—36
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	62—68
b) Mastkühe	54—60
c) gut genährte	30—38
d) mäßig genährte	24—28
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	64—68
b) Mastfärsen	54—60
c) gut genährte	44—52
d) mäßig genährte	32—40
Jungvieh:	
a) gut genährtes	32—40
b) mäßig genährtes	26—30
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	66—74
b) Mastkälber	58—64
c) gut genährte	46—54
d) mäßig genährte	32—44
Schafe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	56—62
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	46—50
c) gut genährte	
Mastschweine:	
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	88—90
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	84—86
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	78—82
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	68—76
e) Sauen und späte Kastrate	70—78
f) Bacon-Schweine	70—72
Bacon-Schweine loco Verladestat. I. Kl.	66—68
II. Kl.	62—66

Marktverlauf: normal

Kartoffeln. Berlin, 7. März. Speisekartoffeln: Weisse 1.70—1.90, rote 1.90—2.10, Odenwälder blaue 2.20—2.40, andere gelbfleischige ausser Nieren 2.70—2.90. Fabrikkartoffeln 8¾—9½ Pfg. pro Stärkeprozent.

Der Umsatzrückgang in den einzelnen Handelszweigen

Wie alljährlich, so geben auch in diesem Jahre die vom Verband der Polnischen Kaufleute veröffentlichten Verhältniszahlen über die Entwicklung der Warenumsätze in den einzelnen Zweigen des polnischen Binnenhandels einen verlässlichen Ueberblick über die Konjunkturlage in den verschiedenen Handelsbranchen. Nach der Schätzung des Verbandes ist im verflossenen Jahre 1931 der polnische Binnenhandel gegenüber dem Vorjahre 1930 um 30—40 Prozent zurückgegangen. Die geringsten Umsatzrückgänge weisen auf der Pelzgrosshandel mit 10 bis 15 Prozent, der Konditorei- und Kaffeehausbetrieb mit 15—20 Prozent und der Detailhandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren mit 15—25 Prozent. Gleichfalls verhältnismässig gut, d. h. mit einem geringeren als dem durchschnittlichen Umsatzrückgang abgeschnitten haben mit Umsatzverlusten von 20—25 Prozent der Eisenhandel, von 25 Prozent der Textilwarengrosshandel, von 20—30 Prozent der Drogengrosshandel, von 25—30 Prozent der Handel mit Zwirn und „Nürnberger" Waren. Im Rahmen des durchschnittlichen Umsatzrückganges des Gesamtbinnenhandels bewegten sich die Umsatzminderungen um 25—35 Prozent im Papiergeschäft, um 30—35 Prozent im Hutgeschäft, um 30 bis 40 Prozent in den Handschuh-, Photoartikel (Grosshandel)-, Glas- und Porzellan- (Gross- und Kleinhandel)-branchen, um 35—40 Prozent im Schuhgeschäft und in der Galanteriewarenbranche. Etwas stärker als der Binnenhandel im Durchschnitt hat der Grosshandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren verloren (Umsatzrückgang 35—45 Prozent); noch stärker das Detailgeschäft in Textilwaren, das Wäsche- und Konfektionsgeschäft, der Möbelhandel und der Drogengrosshandel (Umsatzrückgang 40—50 Prozent). Der Umsatzrückgang beträgt beim Pelzdetailhandel schon 50 Prozent, in der Maschinen- und Werkzeugbranche 40—60 Prozent, im Juweliergeschäft und im Detailhandel mit Photoartikeln 50—60 Prozent und steigert sich in der Kraftwagenbranche schliesslich auf das Maximum von 60—75 Prozent.

Märkte

Getreide. Warschau, 7. März. Amtlicher Bericht der Getreidebörse für 100 kg in Złoty im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 24.50 bis 25, Gutsweizen 27—27.50, Sammelweizen 26—26.50, Einheitshafer 24—25, Sammelhafer 22—23, Gerstengrütze 21.50—22, Braugerste 23—24, Feldspeiseerbsen 26—30, Viktoriaerbsen 28—34, Winterraps 34—36, Rotklee 175—200, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 230 bis 270, Weissklee 250—350, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 350—500, Weizenluxusmehl 45—50, Weizenmehl 4/0 40—45, gebeuteltes Roggenmehl 41—42, gesiebtes und Roggenschrotmehl 31—32, mittlere Weizenkleie 15—16, Roggenkleie 14—14.50, Leinkuchen 24—25, Rapskuchen 18—19, Sonnenblumenkuchen 18 bis 19, Seradella, doppelt gereinigt 30—32, Blaulupinen 15—16, gelbe 20—22, Peluschken 26—28, Wicke 25—27, Leinsamen, 99proz. 34—36.

Getreide. Posen, 8. März. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 15 to	23.50
Weizen 15 to	24.30
Prima-Weizen 100 to	24.50

Richtpreise:

Weizen	23.75—24.25
Roggen	23.00—23.50
Gerste 64—66 kg	20.00—21.00
Gerste 68 kg	21.50—22.50
Braugerste	23.75—24.75
Hafer	20.25—20.75
Roggenmehl (65%)	35.50—36.50
Weizenmehl (65%)	36.50—38.50
Weizenkleie	13.75—14.75
Weizenkleie (grob)	14.75—15.75
Roggenkleie	14.50—15.00
Raps	32.00—33.00
Sommerwicke	22.00—24.00
Peluschken	23.00—25.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	30.00—34.00
Blaulupinen	12.00—13.00
Gelblupinen	16.00—17.00
Senf	30.00—35.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 165 to., Weizen 150 to., Gerste 45 to., Hafer 60 to. Erstklassiger Hafer wurde über Notiz gehandelt.

Danzig, 7. März. Amtliche Notierung für 100 kg. Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 14.70, Roggen, z. Konsum 14.70, Roggen, z. Export 14.40; Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 12, Roggen 7, Gerste 19, Hafer 1, Hülsenfrüchte 8, Saaten 6.

Produktenbericht. Berlin, 7. März. Ruhig, aber stetig. Am Produktenmarkt bleibt die Unternehmungslust auf den meisten Marktgebieten nach wie vor gering. Inlandsweizen ist vereinzelt etwas mehr offeriert, insbesondere zur Kahnverladung, die Mühlen sind aber mit Anschaffung angesichts des schleppenden Mehlabsatzes sehr vorsichtig. Die Preise waren im Prompt- und Lieferungsgeschäft behauptet. In Roggen bleibt das ersthändige Offertenmaterial vom Inlande gering, bei unnachgiebigen Forderungen kommen nur wenig Abschlüsse zustande. Russenroggen wird zu unveränderten Bedingungen zur Verfügung gestellt, und soweit die Mühlen Mehl absetzen können, machen sie von dem Angebot der Staatlichen Gesellschaft Gebrauch. Am Lieferungsmarkt hat sich die Preisspanne zwischen Russenroggen und Märzlieferung durch die Abschwächung der Märzsicht um 1 Mark verringert, während spätere Lieferung behauptet und teilweise sogar befestigt war. Weizen- und Roggenmehle waren zu unveränderten Preisen angeboten, das Geschäft gestaltete sich bei Roggenmehl vereinzelt etwas lebhafter. Hafer am Promptmarkt bei mässigem Angebot behauptet, die Lieferungspreise zogen bis 1.50 Mark an. Gerste knapp offeriert und weiter fest, Weizen- und Roggenexportscheine in unveränderter Marktlage.

Berlin, 7. März. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 244—246, Roggen, märk. 193 bis 195, Braugerste 187—194, Futter- und Industriegerste 176—181, Hafer, märk. 155—162, Weizenmehl 31.25—34.75, Roggenmehl 27—27.90, Weizenkleie 10 bis 10.50, Roggenkleie 9.85—10.25, Viktoriaerbsen 19 bis 26, Kleine Speiseerbsen 21—23.50, Futtererbsen 15 bis 17, Peluschken 16.50—18.50, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—19.50, blaue Lupinen 11—12, gelbe Lupinen 15—17, neue Seradella 32—37, Leinkuchen 12.40 bis 12.60, Trockenschnitzel 8.30, Soyaschrot, ab Hamburg 11.80—11.90, ab Stettin 12.70, Kartoffelflocken 16.30—16.60.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 7. März. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht: März 257.50, Mai 265.75—266, Juli 270.75, September 232; Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 196—196.50 Geld, Mai 204, September 192; Hafer: März 170—172, Mai 177—179, Juli —, September —.

Hamburger Cifnotierungen für Auslandsgetreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (hfl je 100 kg). Weizen: Manitoba I schw. 7.30, März 7.30, do. II schw. 6.90, März 6.90, Rosa Fé (80 kg) März 5.47½, Barusso (81 kg) März 5.52½, Bahia (80 kg) März 5.72½. — Gerste: Donau (61—62 kg) März 5.77½, La Plata (64—65 kg) März 5.75, do. (62—63 kg) ladend geladen 5.85. — Roggen: La Plata (74—75 kg) März 5.50, Süd-Russen (73 kg) loko 5.85. — Mais: La Plata loko schw. 4.20, do. März 4.20, do. April 4.05, do. Mai 3.95, Donau (Galfox) schw. 4.35, do. März 4.25. — Hafer: Unclipped Plata (46—47 kg) März 4.55, Clipped Plata (51 bis 52 kg) März 4.75. — Weizenkleie: Pollard schw. 4.30, do. März 4.20, Bran schw. 4.30, do. März 4.20. — Leinsaat: La Plata (96%) März 7.42½, do. April 7.47½, Rizinus März 13.10, Bombay März 13.00.

Eier. Berlin, 7. März. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 9, Klasse A 60 g 8¼, Klasse B 53 g 7¾, Klasse C 48 g 7¼; aussortierte kleine und Schmutzeier 6¼ Pfg. — Auslandseier: Dänen 18er 8¾, 17er 8¼, 15½—16er 7½—7¾; Holländer Durchschnittsgewicht 68 g 8¾ bis 9, 60—62 g 7¾—8¼, 57—58 g 7½—7¾; Ungarn, Jugoslawen 7¼ Pfg. Witterung: nasskalt. Tendenz: fest.

Fische. Warschau, 5. März. Auf dem Fischmarkt wurden für 1 kg lebende Karpfen im Grosshandel, franko Warschau 2.70 zł gezahlt; im Kleinhandel, in den Mirowskischen Hallen für 1 kg in zł: Lebende Karpfen 2.80—3.20, tot 2, lebende Schleie 3 bis 3.50, tot 2.50, lebende Karauschen 3—4, tot 2 bis 2.50, Lachse 14, russische Zander, gefroren 5, Bleie 3, Wels in Stücken 4, lebende Hechte 5—6, tot 4, Barsche 2, Heringe 0.80. Zufuhr für Karpfen ausreichend, dagegen mangelt es an russischen Fischen.

Zucker. Magdeburg, 7. März. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto, frei Seeschiffseite Hamburg einschliesslich Sack): März 5.95 Brief, 5.75 Geld, April 5.95 bzw. 5.80, August 6.50 bzw. 6.35, Oktober 6.65 bzw. 6.45, Dezember 6.80 bzw 6.65. Tendenz: ruhig.

Posener Börse

Posen, 8. März. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anl. 38.25 G (38.25), 8proz. Dollarbr. d. Pos. Landsch. 67 B (68), 6proz. Roggenbr. d. Pos. Landsch. 12.25 G (12.25), Bank Polski 86—85 B (86). Tendenz: behauptet.

G = Nachfr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 7. März. Scheck London 18.12, Dollarnoten 5.12½, Auszahlung Berlin 121.55, Złotynoten 57.56.

Am Devisenmarkt lag das Pfund, das erneut angezogen hatte, bei 18.10—14 (Scheck London). Im Freiverkehr hörte man Auszahlung Berlin unverändert bei 121—122.10, Reichsmarknoten stellten sich auf 118½—120½, Dollarnoten auf 5.12—13. Der Złoty lag für Noten bei 57.50—62 und Auszahlung Warschau bei 57.47½—59.

Warschauer Börse

Warschau, 7. März. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.8875, Goldrubel 487, Tscherwonetz 0.33 Dollar, deutsche Mark 211.85.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.17, Belgrad 15.80, Berlin 211.85, Bukarest 5.35, Danzig 173.75, Helsingfors 13.90, Kopenhagen 173.00, Oslo 171.50, Stockholm 173.00, Italien 46.40, Montreal 7.90.

Effekten

Es notierten: 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 93 bis 95 (92), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 100 (—), 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 47.25 (47.25), 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 39 (—), 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 58 (58), 10proz. Eisenbahn-Anleihe 103.50 (—).

Bank Polski 85—87 (85), Ostrowiec (Serie B) 30.50 (30.50). Tendenz: fester.

Amtliche Devisenkurse

	7. 3. Geld	7. 3. Brief	5. 3. Geld	5. 3. Brief
Amsterdam	357.80	359.60	358.60	360.40
Berlin *)	—	—	211.60	213.04
Brüssel	—	—	—	—
London	31.50	31.80	31.25	31.55
New York (Scheck)	8.898	8.938	—	—
Paris	34.99	35.17	35.02	35.20
Prag	26.34	26.46	26.34	26.46
Rom	—	—	46.17	46.63
Danzig	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Zürich	171.87	172.73	172.17	173.03

Tendenz: London und Holland anziehend, Schweiz schwächer.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin 8. März. Tendenz: geschäftslos. Die heutige Börse eröffnete wieder in sehr ruhiger Haltung. Kursmässig lag sie zwar in Erwartung der heutigen Diskontsenkung etwas freundlicher, d. h. selbst gegen die erhöhten gestrigen Abendkurse ergaben sich in manchen Papieren noch ca. 1prozentige Besserungen, das Geschäft war aber nicht sehr gross, und verschiedentlich konnte man auch Abgaben beobachten. An den einzelnen Märkten herrschte geringe Umsatztätigkeit, von Bankaktien waren Reichsbankanteile leicht gebessert. Schiffahrtswerte veränderten sich wenig, auch Montanpapiere waren auf gestriger Basis nur behauptet. Rhein. Braunkohlen setzten allerdings 4 Prozent höher ein. Am Kalimarkt zogen Salz Detfurth ebenfalls um 4 Prozent an. Elektrowerte waren, mit Ausnahme von Siemens, die ca. 2 Prozent gewannen, nur behauptet. Stärker erholt waren Schultheiss. Am Pfandbriefmarkt bestand eher Angebot, nur Reichsschuldbuchforderungen waren ca. ¾ Prozent höher. Geld war wenig verändert. Im Verlaufe bröckelten die Kurse allgemein ab.

Amtliche Devisenkurse

	7. 3. Geld	7. 3. Brief	5. 3. Geld	5. 3. Brief
Bukarest	2.520	2.526	2.520	2.526
London	14.85	14.89	14.77	14.81
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	169.33	169.67	169.43	169.77
Brüssel	58.54	58.66	58.58	58.70
Budapest	56.94	57.06	56.94	57.06
Danzig	82.02	82.18	82.02	82.18
Helsingfors	6.643	6.657	6.543	6.557
Italien	21.79	21.83	21.80	21.84
Jugoslawien	7.433	7.447	7.443	7.457
Kaunas (Kowno)	41.96	42.04	41.96	42.04
Kopenhagen	81.82	81.98	81.32	81.48
Lissabon	13.49	13.51	13.44	13.46
Oslo	80.92	81.08	80.32	80.48
Paris	16.55	16.59	16.56	16.60
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	81.22	81.38	81.32	81.48
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	32.37	32.43	32.47	32.53
Stockholm	61.67	81.83	61.17	81.33
Wien	49.95	50.05	49.95	50.05
Tallin	109.99	110.21	110.09	110.31
Riga	80.22	80.38	80.32	80.48

Ostdevisen. Berlin, 7. März. Auszahlung Posen 47.15—47.35 (100 Rm. = 211.19—212.09). Auszahlung Warschau 47.15—47.35. Auszahlung Kattowitz 47.15—47.35; grosse polnische Noten 46.95—47.35.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen ohne Gewähr.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht um 12½ Uhr nahm Gott der Herr meine liebe Frau, die treusorgende Mutter meiner Söhne,

Frau Else Nitz

geb. Schutzka

nach langem, schwerem Leiden, kurz vor Vollendung ihres 60. Lebensjahres zu sich in sein Reich.

Koźmin, den 5. März 1932.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Wilibald Nitz
Pfarrer.

Das Begräbnis findet am Mittwoch, dem 9. d. Mts., nachm. um 3 Uhr in Koźmin von der Kirche aus statt.

Am Montag verschied sanft nach kurzer Krankheit unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Frau Julie Weidner

geb. Hoeht

im 80. Lebensjahre.

Dies zeigt i. Namen aller Hinterbliebenen an
Georg Weidner.

Poznań, den 8. März 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 10. d. Mts., nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle des Matthäifriedhofes aus statt.

Gärtner-Gehilfe, 20 J., firm in Obst- u. Gemüsebau, Parkpfl., Warmhaus- u. Freilandkult., sucht Stell. bald od. 1. 4. 32. Ausk. „Berufshilfe", Poznań, Zwierzyniecka 8

Verkäuferin 21 J., evgl., sucht Stell. bald od. sp., Konditorei od. Kurzwarenbr. Auskunft Berufshilfe, T. z. Poznań, Zwierzyniecka 8.

Gebrauchter, gut erhaltener **Rollwagen,** Tragfähigkeit 80.— Ztr., mögl. mit Patenträdern sofort **zu kaufen gesucht.**
Deutscher Ein- und Verkaufs-Verein Wągrowiec.

Klavier sofort zu kaufen gesucht. Off. m. Preisangabe unter **2614** a. d. Geschft. d. Ztg.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	12	„
Stellengesuche pro Wort	10	„
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	„

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietsgesuche

2 Zimmerwohnung vom 1. April gesucht. Miete kann im voraus gezahlt werden. Offerten u. **2722** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Suche 2 Zimmer und Küche, Monatsmiete. Off. u. **2719** a. d. Geschft. d. Zt.

Vermietungen

6 Zimmerwohnung direkt vom Hausbesitzer sofort zu vermieten. Anfrag. Kraszewskiego 11 beim Hausbesitzer.

2 Zimmer und Küche zu vermieten. 10 Minuten vom Bahnhof. Krzyżowniki, ul. Dąbrowskiego 5.

Möbl. Zimmer

2 gut möblierte Vorderzimmer, Hochparterre sofort frei mit oder ohne Verpflegung. Babińskiego 7, Wohn. 1 (a. pl. Sapieżyński).

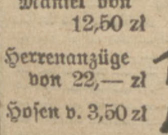
Möbl. Zimmer ul. Skryta 11, Woh. 7.

Gut möbl. Vorderzimmer vom 15. 3. od. 1. 4. zu verm. Plac Działowy 10, III. Wohnung 10.

Gut möbliertes Vorderzimmer mit Zentralheizung, Licht und evtl. Mittagessen z. 1. April abzugeben. Śniadeckich 7, p. l., W. 2.

An- u. Verkäufe

Herrenkonfektion kaufen Sie am billigsten bei **Roman Krüger** Poznań nur **Wrocławska 28/29** neben Firma St. Karge.



Gabardin-Mäntel von 28,00 zł
Trenchcoat-Mäntel von 12,50 zł
Herrenanzüge von 22,— zł
Hosen v. 3,50 zł

Majoran gerebbelt, gereinigt kauft jeden Posten. Muster, Preis. Kuszewski, Poznań, Wierzbięcice 14.

Siemens-Phonophor elektr. Apparat für **Schwerhörige** funktioniert großartig, verkauft Fritz Rönnfeldt, Szamocin, powiat Chodzież.

Wassermühle mit Wirtschaft habe zu verpachten. Erforderlich bis 10 000 zł. Anfragen unt. **2721** an die Geschft. d. Ztg.

Grundstücksgesuch. Welches ältere kinderlose Besitzerehepaar möchte ihre Scholle fleißigen, jungen Bauernhänden übergeben. Suchender ist Besitzersohn, 30 Jahre alt, von Jugend auf in der Landwirtschaft tätig. Angeb. erbeten unter **2724** a. d. Gschäftsst. d. Ztg.

Am billigsten weil zu Fabrikpreisen, kauft man Stoffe für Herren-Anzüge u. Mäntel, Damen- u. Militärstoffe im Geschäft der Tuchfabrik Karol Jankowski i Syn, Bielsko, Filiale Poznań, plac Wolności 2, I. Stock.

Klavier schwarz, kreuzsait., wenig gebraucht, zu verkaufen. Mickiewicza 9, Wohn. 6.

Billiger kann es nicht sein! 1.45 Złoty Seidenstrümpfe, prima Seidenstrumpf von 2.90, Bemberg-Gold v. 3.25, Seidenstrümpfe von großer Dauerhaftigkeit von 3.90, Seidenstrumpf mit Hohlsaum von 3.90, Macco-Strumpf von 45 Gr., Seidenflor von 95 Gr., prima Macco von 1.90, prima File d'écosse von 2.90, Vierfacher File d'écosse von 3.25, Kinderstrümpfe Nr. 5 60 Gr., Nr. 10 80 Gr., Herrensocken von 35 Gr., prima Herrensocken von 65 Gr., Herrensocken in modernen Dessins v. 95 Gr. empfiehlt zu sehr erniedrigten Preisen in sehr großer Auswahl, solange der Vorrat reicht Wäschefabrik J. Schubert, nur Poznań ulica Wrocławska 3.

In Provinzstadt **Grundstück** mit 2 sehr schönen 7-Zimmerwohnungen, Zentralheizung, Gärten, für 43000 Złoty zu verkaufen. Angeb. u. **2726** an die Geschäftsst. der Zeit.

Junger deutscher Landwirt sucht bei mäßiger Anzahlg. eine private **Landwirtschaft** von 100—300 Morgen mit gutem Boden zu kaufen oder eine größere, evtl. ein Vorwerk zu pachten. Ausführl. Angebote unter **2725** an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Schreibmaschinen liefert mit Garantie erstklassige neue von zł 690.— und gebrauchte von zł 95.—. Skóra i Ska., Poznań, Al. Marcinkowskiego 23.

Reifen Tilsiter Halbfettkäse den Ztr. zu 50 zł hat abzugeb. Molkerei-Genossensch. Stolno powiat Chełmno, Pomorze

Stadtgrundstück in Poznań, Parzellen von 750—1000 m² und mehr, für alle Zwecke geeignet, zu verk. Ausk. Górna Wilda 92.

Poznań, Gwarna 16 in bester Geschäftslage **ca. 350 □ Meter** für Büro, Lager oder Fabrikation geeignete, helle Räume Lasten-Fahrstuhl etc. per sofort zu vermieten. Näheres: B. Schultz, Pelzwaren-Magazin.

Offene Stellen

Gesucht für größ. Schloßh. unverheirat. perf. Koch oder **Köchin** Keine Außenwirtschaft. Nur erstkl. Kräfte finden Berücks. Zeugn., genaue Adresse, Gehaltsanspr. u. Bild sind einzusenden unt. **2727** an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Gesucht z. 1. April zuverl., tüchtige Wirtin, firm im Kochen, Einschlachten, Einwecken u. Geflügelzucht, für größeren Gutshaushalt. Angebote mit Zeugnissen, Gehaltsansprüchen u. mögl. Bild unter **2728** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Erste Verkäuferin Aelteres geb. Fräulein für selbständigen Vertrauensposten, perfekt Deutsch und Polnisch mit Schreibmaschinenkenntn. für Poznań gesucht. Offerten mit Bild und Gehaltsansprüch. unt. **2731** an die Geschäftst. der Zeitg.

Gärtner Bienenwirt, ledig, bewandert in allen Zweigen, Spezialist für Blumen und Gemüse von sof. gesucht. Offert. u. **2729** an die Geschäftsst. der Zeitg.

Forstlehrling mit guter Schulbildung gesucht. Oberförsterei Lasówko p. Grodzisk (Wlkp.)

Stellengesuche

Junges, besseres Mädchen mit allen Hausarbeiten vertraut, sucht baldigst Stellung. Off. unt. **2607** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche Stellung als Waldwärter oder Hofverwalter zum 1. April, Förstersohn, 45 Jahre alt, ev., 3 Kinder, energ., guter Schütze und Raubzeugvertilger, sowie im Rechnungswesen aufs beste vertraut. Off. u. **2730** a. d. Geschft. d. Zt.

Wer Stellung sucht findet diese schnellstens durch die Klein-Anzeige im weit verbreiteten **„Posener Tageblatt"**

Stühleflechten u. Schirmreparaturen übernimmt zu billigen Preisen Kolle, Wierzbięcice 5 W. 14.

Mädchen deutsch und polnisch sprech., mit Kochkenntnissen, gestützt auf gute Zeugnisse, sucht vom 15. März od. 1. April Stellung. Off. unt. **2720** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Oberschweizer mit eigenen Leuten sucht vom 1. April 1932 Stellung. T. Marciniak, Wronczyn p. Modrze, pow. Poznań.

Unterricht

Englischen Unterricht erteilt einzeln oder gruppenweise. Olejnik, Wyspiańskiego 12. Wohnung 9.

Marjan Perzyński Musiklehrer Staszica 4, II. Etage, Wohnung 6, erteilt Unterricht im Violin-, Klavier- und Mandolinenspiel in und außer dem Hause. Klavier zum üben am Platze.

Geldmarkt

12—14 000 Złoty zur 1. Hypothek eines Hausgrundstücks in einer Kreisstadt gesucht. Off. u. **2674** an die Geschäftsst. d. Zeitg.